

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 23. März 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinferte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 33.

Aufruf!

Seit zwölf Wochen stehen unsere finnischen Kollegen in einem Abwehrkampfe gegen Verschlechterung ihrer Lebenslage. Trotz ungeheurer Steigerung der Preise aller Bedarfsartikel und der Mieten lehnten die Prinzipale nach Ablauf des vereinbarten Tarifs nicht nur jede Lohnerhöhung ab, sondern verlangten noch wesentliche Verschlechterungen verschiedener tariflicher Positionen, deren Annahme durch die Gehilfen die Existenz derselben ruinieren hieße.

Der unterzeichnete Vorstand hat nach Kenntnisnahme des Berichts seines Vertreters, welcher Gelegenheit hatte, an einer Sitzung der internationalen Sekretariatskommission — bei welcher auch ein Delegierter des finnischen Verbandes zugegen war — teilzunehmen, beschlossen, die Mitglieder aufzufordern, aus ihren Gau-, Bezirks- oder Mitgliedschaftskassen oder durch freiwillige Sammlungen die im schweren Kampfe stehenden Kollegen in Finnland zu unterstützen. Diese Bekundung der Solidarität ist um so notwendiger, als die Prinzipale durch die scharfmacherische Unternehmervereinigung in Finnland zu ihrem Widerstande gegen die beschiedenen Forderungen der Gehilfen angepörrt werden.

Kollegen! Bekundet Eure stets bewiesene Opferwilligkeit auch in diesem Fall, Ihr dient dadurch Eurem eignen Interesse.

Die Bewilligten oder gesammelten Gelder bitten wir schnelligst an die Gaukassierer einzusenden. Letztere wollen die eingegangenen Beträge wöchentlich an den Verbandskassierer übermitteln.

Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Zur Reform des Unterstützungs- wesens.

Je mehr wir dem Termine der Tagung unserer Verbandsgeneralversammlung entgegengehen, desto reger macht sich das Interesse der Mitglieder an dieser bemerkbar. Das bezeugt am besten unser Leiborgan, wo zurzeit in diversen Artikeln und Verleichen bald hier bald dort, dieser oder jener Kollege sich veranlaßt fühlt, bald für eine Pensionskasse, bald für eine Erhöhung des Krankengeldes auf zentralen Weg oder auch für Gauzuschußkrankenkassen Wünsche zu äußern und Meinungen zu dokumentieren.

Ist auf der einen Seite dieses rege Interesse als ein gutes Omen für unser Verbandsleben im allgemeinen anzuspochen, so kann man andererseits aus der propagierten Erhöhung der Unterstützungssätze für diesen oder jenen Zweig unerfreuliche Schlüsse ziehen. Eine nicht geringe Anzahl unserer Mitglieder scheint es für selbstverständlich zu halten, daß wenn eine Generalversammlung stattfindet, diese oder jene Unterstützung erhöht werden muß. Man scheint gar nicht zu berücksichtigen, daß erst 1908 die Generalversammlung zu Köln eine Erhöhung der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung brachte. Welche Unterstützungszweige man wohl mit Recht als die wichtigsten betrachten kann.

Da ich aber nicht umhin kann, auf die Frage einer Krankengeberhöhung und Schaffung einer Pensionskasse nach Leistung einer bestimmten Zahl von Beiträgen näher einzugehen, so soll dies in möglichst kurzer Sprache geschehen.

Die Notwendigkeit einer Pensionskasse vermag ich nicht anzuerkennen, da man ohnehin Buchdrucker mit einer mehr denn 30-40jährigen Berufstätigkeit mit der Laterne suchen muß. Also würde diese Unterstützung nur einem ganz kleinen Kreise zukommen, welcher in Zukunft immer geringer werden dürfte, da die kapitalistischen Produktionsformen das einzelne Individuum heutzutage viel schneller aufreiben. Eine derartige Fürsorge geht meines Erachtens über den Rahmen des Notwendigen und Zweckmäßigen hinaus.

Nun zur Frage einer Krankengeberhöhung. Eine Regelung auf zentralen Weg ist nicht angängig, da in vielen Städten — den mittleren und größeren wohl überhaupt — und manchen Orten die von Ortskrankenkassen und Verband bezogenen Unterstützungen fast die Höhepunkte erreichen. Hier z. B. beträgt der relative Unterschied zwischen dem Minimum in der höchsten Staffel und den gezahlten Unterstützungen der Ortskrankenkasse und der Verbandsunterstützung 42 Pf. Lediglich die Tatsache, daß die meisten der Ortskrankenkassen für die ersten drei Krankheitsstage keine Unterstützung gewähren oder für diese Tage nur dann, wenn die Dauer der Krankheit einen gewissen Zeitpunkt überschreitet, fällt für den Kranken Kollegen ins Gewicht. Ferner gibt es eine nicht geringe Anzahl Mitglieder, die außer den genannten Unterstützungen noch weitere aus sogenannten Gaukassen und Hilfskassen beziehen. Diese Kollegen stehen sich im Falle einer Erwerbsunfähigkeit durch Erkrankung materiell

besser, als wenn sie arbeiten. Gerade letztere Tatsache findet ihre Erklärung in dem Simulantenentum und ist neben der Arbeitslosigkeit als dessen Ursache anzusehen.

Nicht von der Hand zu weisen ist jedoch, daß es andererseits Orte gibt, wo die Kollegen in Krankheitsfällen aus den jeweiligen Ortskrankenkassen nur minimale Unterstützungen beziehen. Beispiele hierfür sind von anderen Verleichen bereits angeführt worden. Es sind dies solche Orte, in denen aus irgendwelchen Gründen — z. B. wo besonders Saisongewerbe dominiert — die Kassen nicht leistungsfähig sind resp. nicht sein können. Allerdings ist in derartigen Orten eine Erhöhung der Krankenunterstützung vorzuziehen. Für das Richtige halte ich es da, wenn wir eine Befragung dieser Frage den Gauen überlassen, die vielleicht in Form eines täglichen Krankengeldzuschusses oder einen Ausgleich zu schaffen vermögen, als dies zentrale Maßnahmen tun können.

Große Aufgaben sind im Jahre 1911 zu erledigen und von ersten Zeiten werden wir getragen. Wir Buchdrucker, die wir im Verbandsverband vereinigt sind, dürfen uns rühmen, daß wir uns eines guten Unterstützungswesens erfreuen, das die in allen Lagen geprüften Leistungen der „Bundesventilmänner“ weit übertrifft. Sorgen wir dafür, die gesunde Basis, auf der unser ganzes Unterstützungsweber beruht, zu erhalten, indem wir eine Überspannung der Wünsche und Forderungen vermeiden, fernermal die Existenz des einzelnen in der Erhaltung und Mehrung der materiellen Mittel unserer Organisation liegt!

Göttingen.

K. M.

Zur Erhöhung der Krankenunterstützung.

Zwei Seelen wohnen in der Brust des Kollegen Hf. (Bremen). In seinem Artikel in Nr. 26 sagt er einleitend, daß es ohne weiteres einleuchtet, daß die Krankenunterstützung erhöht werden müsse. Und am Schlusse seines Artikels nimmt er den Standpunkt ein, daß unser Verband kein reiner Unterstützungsverein sein dürfe, vielmehr „Munition“ zu sammeln habe, deshalb also in gegenwärtiger Zeit überhaupt kein Antrag auf Erhöhung irgendwelcher Unterstützung gestellt werden sollte.

Was dieser Kollege eigentlich dann will, ist nicht recht klar; doch scheint mir, daß er wohl für eine Erhöhung der Krankenunterstützung ist, nur aber gegen die Erhöhung des Beitrags seine Bedenken hat. Die Gründe, die er gegen eine Beitragserhöhung anführt, sind nicht unwichtig. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Höhe des Beitrags manchem Kollegen die Treue zum Verbands schwer fallen läßt. Gibt es doch — leider — viele, die dabei nur nach Leistung (Beitrag) und Gegenleistung (Unterstützung) fragen. Eine andre Umwertung kennen sie nicht. Nun muß aber mit solchen Kollegen auch gerechnet werden (es müßte ihnen vielmehr der Standpunkt oberflächlich klar gemacht werden. Red.), ferner noch mit Momenten, die auf agitatorischem Gebiet in anderer Hinsicht liegen.

Ich will beileibe nicht bestreiten, daß bei den durch Verteuerung auf den verschiedensten Gebieten gestellten höheren Anforderungen an den Geldbeutel des einzelnen eine Erhöhung des Einkommens notwendig ist. Wie viel mehr nicht noch bei einem infolge Krankheit Arbeitsunfähigen, dessen Krankenunterstützung ja in den meisten Fällen lange nicht an den gewöhnlichen Verdienst herankommt. Aber hier eine Besserung herbeizuführen durch Erhöhung des Verbandskrankengeldes oder durch die Gründung von Gauzuschußkrankenkassen, halte ich aus verschiedenen Gründen unzulässig. Ich möchte da auf einen andern Weg weisen: die Krankenkassen, vor allem die Ortskrankenkassen sind es, durch die man in gewissen Grenzen eine Besserstellung der Arbeitsunfähigen erzielen soll.

Das verbandsseitige Krankengeld darf immer nur ein Zuschuß zu den von den Krankenkassen zu gewährenden Krankengeldern bilden. Das vom Verbands geleistete Krankengeld braucht nicht in der Höhe bemessen zu sein wie die Arbeitslosenunterstützung. Bei letzterer ist übrigens eine Erhöhung ebenso leicht zu rechtfertigen.

Die Mehrzahl unserer Kollegen ist sicherlich in Ortskrankenkassen gegen Krankheit versichert. Nun ist es eine leider häufig zu beobachtende Tatsache, daß die Arbeiterschaft sich viel zu wenig um die sozialen Gesetze kümmert. Vor allem kommt da das Krankenwesen in Frage. In einigen Orten mag es anders sein, aber die Regel wird die Interesslosigkeit sein. Davon sind auch wir Buchdrucker nicht freizusprechen. Und doch liegt es zum größten Teil an den Mitgliebern der Ortskrankenkassen, diese auszubauen. Hier ist der Hebel anzusetzen. Die Kollegen sollten versuchen, bei den Krankenkassen Einfluß zu gewinnen und ihre Wünsche dafür vertreten, daß die Krankenunterstützung mehr den heutigen Verhältnissen entspricht. Der Vorteil ist ein doppelter. Einmal kann die Erhöhung des Krankengeldes in wirksamerer Weise geschehen, und zum zweiten brauchen die Kollegen die durch Erhöhung des Krankengeldes in den meisten Fällen bedingte Beitragserhöhung nicht allein zu tragen. Sie wägen bekanntlich ein Beitragsbrittel auf die Arbeitgeber ab. Bei verbandsseitig vorgunehmender Erhöhung der Krankenunterstützung hingegen haben wir die ebenfalls bedingte Beitragserhöhung aber allein zu tragen.

Eine Erhöhung des Krankengeldes um ein paar Pfennige pro Tag bleibt ohne nennenswerten Vorteil für die Mitglieder; es muß da schon mehr herauskommen. Und da meine ich, daß das mit einer Erhöhung des Verbandsbeitrags um wöchentlich 10 Pf. noch nicht erzielt wird. Wir dürfen unsere Forderungen an die Verbandskasse nicht zu hoch stellen. Die Ausgaben der Verbandskasse müssen sowieso eine steigende Tendenz auf; die für Arbeitslose zu leistende Summe wird nicht geringer, die für Invaliden festzusetzende Summe muß in den Jahren immer größer bemessen werden. Da wird sich mit einer Beitragserhöhung von 5 oder 10 Pf. nicht viel leisten lassen, zumal wenn man berücksichtigt, daß die Betreffs der Arbeitslosen gestellten Wünsche mit gleichem Rechte realisiert werden müßten.

Aus den angeführten Gründen heraus kann ich mich für eine verbandsseitige Erhöhung des Krankengeldes nicht erwärmen und empfehle den Weg durch die Krankenkassen. Dazu gehört aber vor allem, daß die Kollegen die Interesslosigkeit den Krankenkassen gegenüber ablegen. Es geht nicht an, daß man sich seiner Krankenkasse nur dann erinnert, wenn man die Unterstützung in Anspruch nimmt oder einmal eine Beschwerde vorzubringen hat. Man muß die Versammlungen besuchen, die ja in der Regel jährlich nur zweimal stattfinden; muß mitreden und taten, Anregungen geben und versuchen, Vertretung im Vorstande zu erlangen. Das letztere ist gar nicht so schwer. Ich kenne Orte resp. Ortskrankenkassen, in denen die Buchdrucker als Mitglieder in der Minorität sind, aber es doch verstanden haben, auf die Kasse Einfluß zu gewinnen und Vorstandsämter zu bekleiden. Ist man erst so weit, dann kann man auch die Kasse so ausbauen, daß sie den Mitgliedern wirklich etwas bietet. Vieles läßt sich da tun.

Brandenburg a. S.

-dt.

Die Invalidenunterstützungsfrage.

Unter Bezugnahme auf die bereits erschienenen Artikel in unserm Leiborgan „Korr.“, die fast alle eine Verbesserung unseres Invalidenunterstützungswezens ins Auge

gefaßt haben, gestatte ich mir ebenfalls als älteres Mitglied, was noch nicht am Rande des Grabes steht, meine unmaßgebliche Meinung zum Besten zu geben.

Ich schreibe voraus, daß dieses einmal angeführte Thema noch mehrere Artikel zeitigen wird, die darauf hinauslaufen werden, einen Paragraphen im Statut zu schaffen, der besagt, daß jedes Mitglied nach etwa 30jähriger Mitgliedschaft (das sind etwa 1500 Beiträge), berechtigt ist, gleichviel ob arbeitsfähig oder nicht, die Invalidenunterstützung zu beziehen.

Wenn wir zur bevorstehenden Generalversammlung unsere Delegierten mit diesem Auftrage beehren, so wäre gewiß ein großer Fortschritt in unserm sonst so humanitären Unterstützungsweisen angebahnt, der nur vorbildlich auf alle andern Gewerkschaften wirken müßte, und wir zeigen, daß wir wirklich die Pioniere der Arbeiter resp. im Unterstützungsweisen sind.

Selbstverständlich wird diese Vorlage auch der nötigen Vorarbeiten bedürfen, um diesen Paragraphen „genießbar“ zu machen. Ich denke mir das zunächst darin bestehend, daß unsere Kassierer angewiesen würden, festzustellen, wieviel zunächst Mitglieder in Frage kommen würden, die in den Genuss des neuen Paragraphen treten könnten, b. h. wie viel Mitglieder momentan vorhanden, die mehr als 30 Jahre Mitglied sind. Ferner, wie sich der Zuwachs und eventuell der Abgang dieser Invaliden im nächsten und den späteren Jahren stellen könnte. Daß sich die Invalidenunterstützungsausgaben durch die Übernahme konditionsloser jüngerer Kollegen fast decken würden, ist in Nr. 18 und 26 des „Korr.“ schon erwähnt und scheint mir dies auch der treffendste Punkt zu sein, der uns nicht abhalten sollte, unbedingt eine Verbesserung der Invalidenunterstützung vorzunehmen. Mögen die jüngeren Mitglieder momentan auch noch nicht das richtige Verständnis dafür haben, aber sie werden auch noch älter werden und dann kommt ihnen das Gesagte ebenfalls zugute.

Leipzig.

C. H.

Als die letzte Tarifberatung allen Kollegen einen zehnprozentigen Zuschlag zu ihrem Verdienste gebracht hatte, glaubten auch die Armen der Arnten, die Invaliden, von der Rbner Generalversammlung mit einer Kleinigkeit bedacht zu werden. Jedoch geschah nichts für dieselben. Obgleich einige Gane dort ein warmes Herz für sie zeigten, stimmten andre mit dem Verbandskassierer, der die Invaliden die Schmerzenskinder des Verbandes nannte und davon abriet, eine Erhöhung der Unterstützung zu beschließen, besonders, da dem Vorstände die Sicherung der Ansprüche an die Organisation auch über die Jetztzeit hinaus am Herzen liege.

Gewiß sehr richtig gedacht, aber was hat uns, die wir nun alt und verkrautet sind — Schreiber dieses war bei der Gründung des Verbandes schon mittäglich — etwas hinterlassen? Wir fingen unverbrossen an zu sparen und sind heute trotz der ungeheuren Ausgaben für humanitäre wie gewerkschaftliche Zwecke — letztere freilich die Grundidee schon bei der Gründung, jedoch ohne die Unterstützungsleistungen wäre der Verband jedenfalls heute nicht so weit und so schnell geliehen — zu einem ansehnlichen Kapitale gelangt, das ja nicht angegriffen und der späteren Generation verbleiben soll. Damit wäre Gifters Furcht vor den Nackenschlägen durch den Nachwuchs wohl gebekt.

Was nun die Erhöhung der Beiträge zur Invalidenunterstützung selbst betrifft, so sprechen die alten Mitglieder nie davor zurück, bereitwillig ihren Obolus zu spenden, wenn es galt, ihre alten Kollegen, die so manchen Strauß für sie ausgefochten, so mande Nacht der Mühe und manche Stellung für sie geopfert hatten, über Wasser zu halten. Denn es trifft wohl selten zu, daß diese Alten ein Nebengeschäft betreiben oder gar ein Kapital besitzen, das sie und ihre Angehörigen ernährt, wie ein Delegierter zur Verblehung der Unterstützung in Rbin motivierte. Ein anderer Vertreter führte dagegen mit vollem Recht aus, daß die augenblicklichen höheren Lebensbedingungen doch auch die Arbeitslosen und Invaliden träfen und aus diesem Grunde wohl eine moralische Wertpachtung herbeizuleiten sei, der betreffenden Personen ebenso zu gebenden wie der Gesunden usw. Ich verkenne ja nicht, daß es jeden Kassierers Pflicht ist, das Geld in den Kassen zusammenzuhalten, aber wo Gerechtigkeit hingehört, muß auch ihr Gönnte getan werden. Ob nun die nächste Generalversammlung etwas für die Invaliden bringen wird? Zu wünschen wäre es, schon um dem viel angeführten Satze gerecht zu werden: Nur im Verbande seid ihr geschützt vor Stund bei Krankheit, Konditionslosigkeit und im Alter.

Fr. Dr.

Der Anträge auf Ausbau resp. Verbesserung unsrer Unterstützungsätze sind es wie bei früheren Generalversammlungen auch bei der diesjährigen wieder recht viele geworden. Sie alle zu erfüllen, würde eine wesentliche Erhöhung des Beitrags bedingen. Daß eine Beitrags-erhöhung sich aber nur in nächtigen Grenzen bewegen darf (gäht man in den Großstädten doch jetzt schon annähernd 2 Mk. pro Woche), dürfte auch einleuchten. Also heißt es die Hoffnungen auf Verbesserungen nicht zu hoch zu spannen. Trotzdem möchte ich mit diesen Zeilen eine Lange brechen für eine Revivierung der Invalidenunterstützungsätze.

Daß die Invalidenklasse eine große Belastung nicht mehr tragen kann, davon bin auch ich überzeugt. Die Karenzzeiten für den Bezug dieser Unterstützung all- gemein herabzusetzen, dürfte wegen der damit verknüpften

großen Mehrausgabe nicht angängig sein; aber die meiner Meinung nach eine Härte bedeutenden hohen Karenzzeiten für den Bezug der erhöhten Unterstützung (pro Tag 1,25 Mk.) sollte man etwas ermäßigen. Ich habe hierbei speziell die zweite und dritte Kategorie der Unterstützungsberechtigten im Auge. Hat ein Ausgeworfener ein Jahr vertriehen lassen, bevor er Mitglied des Verbandes wird, dann hat er hierfür 225 Beiträge mehr oder vier- einhalb Jahre länger bei ständiger Kondition zu steuern als der gleich nach Beendigung seiner Lehrzeit sich zum Verbande Meldende. Bei denjenigen, die einen Zeitraum von fünf Jahren vergehen lassen, ehe sie den Beitritt zum Verbande bewirken, erhöht sich die Karenz um 450 Beiträge oder neun Jahre. Zugabe ist ohne weiteres, wie ich auch oben schon erwähnte, daß man Mitgliedern, die vielleicht mit dem vierzigsten Lebensjahre erst den Weg zum Verbande finden, nicht schon nach 250 Beiträgen die Invalidenunterstützung mit 1 Mk. pro Tag gewähren kann. Hierfür soll auch ferner eine Karenz, wie vorgehen, von 700 Beiträgen nötig sein. Aber die erhöhte Unterstützung von 1,25 Mk. zu erlangen, sollte man diesen Mitgliedern etwas leichter machen. Die erhöhte Unterstützung sollte ohne Unterschied nach 1050 Beiträgen, bei welchem Satze sie den im ersten Beschäftigungsjahre dem Verbande beigetretenen zurzeit gewährt wird, allen Mitgliedern zugebilligt werden.

Bei der jetzigen Ausbreitung unsres Verbandes bis in die kleinsten Orte in allen deutschen Gauen hat ja jeder Auslernende Gelegenheit, sofort nach Beendeter Lehrzeit dem Verbande beizutreten. Das war früher anders. In den achtziger und Anfang der neunziger Jahre vorigen Jahrhunderts rekrutierte sich der Verband in der Hauptsache aus den Kollegen der Großstadt. Wer damals das Vergnügen hatte, in einer Kleinstadt seine Lehre zu absolvieren und dann vielleicht noch ein Jahr in der Lehr- bruderei blieb oder die nächste Kunst wieder in einer Kleinstadt antat, dem bot sich keine Gelegenheit, mit dem Zweck und den Zielen des Verbandes sich vertraut zu machen. Ist eben auf diese Art und Weise ein Jahr verpaßt worden, dann hat man dieses „große Vergehen“ nach vierundzwanzigjähriger Mitgliedschaft noch zu büßen, denn bei etwa eintretender Invalidität wird dieser Kollege nicht würdig befunden für den Bezug der erhöhten Unterstützung, für die in diesem Falle 450 und 800 Beiträge erforderlich sind.

Wir sehen die Unterlagen, wie groß die Mehrausgabe sein wird, wenn die erhöhte Unterstützung nach 1050 Beiträgen allen Mitgliedern zuteil würde, aber gar so schlimm kann es meiner Meinung nach nicht sein. Also etwas liberal, ihr Herren Delegierten, und heraus mit dieser Härte aus unsern Satzungen.

Vergedorf.

W. B.

Das Buchgewerbe im Auslande.

Belgien. Die diesjährige Generalversammlung des belgischen Buchdruckerverbandes findet an den beiden Pfingsttagen in Brüssel statt.

Im belgischen Verbandsorgan wird das Verhalten der widerstrebenden Provinzprinzipale in einem „Der gute Weg“ überschriebenen Artikel demjenigen der Druckerbesitzer in Deutschland, der Schweiz und Osterreich gegenübergestellt, das Weisfall finden müße, da es zum Besten des Gewerbes und zur Förderung der gegenseitigen Beziehungen führe.

In der letzten Woche des Februar war die Lage in Wecken von Charleroi, in Verviers und Lüttich noch un verändert. Am den Prinzipalen in Verviers entgegenzutommen, reduzierte ein Delegierter auf eigene Verantwortung die Gehaltsforderungen: 4,75 Fr. (statt 5 Fr.) und 9^h, Stunden bis 1. Januar 1912. Doch auch diesen Vorschlag lehnten die Herren ab.

Die Sammlung zur Errichtung eines Grabdenkmals für den Kollegen D. Wandendorpe, ehemals Mitglied des Zentralvorstandes und des Vorstandes der Brüsseler Mitgliedschaft, ergab bis 1. März die Summe von 2385,26 Fr.

Das in Brüssel erscheinende humoristisch-satirische Fachblatt „Le Boeuf illustre“ wird vom 1. Mai ab auch technische Artikel und Kunstbeilagen bringen.

Einen von echtem Solidaritätsgedächtnisse zeugnenden Beschluß faßte die Brüsseler Mitgliedschaft in ihrer Generalversammlung: den Kollegen in der Provinz wurden zur Fortführung ihres Kampfs 80000 Fr. bewilligt, auch wurde eine wöchentliche Extrasteuer von 1 Fr. pro Mitglied ausgeschrieben. (Die Sektion zählt 1800 Mitglieder.)

Die Lage im Streitgebiete war bis Mitte März unverändert. Verhandlungen in Verviers, zu denen Mitglieder des Zentralkomitees nicht zugelassen wurden, verliefen ohne Ergebnis; 168 Ausständige sind dort zu unterwürfen. In Lüttich sind es 280. In Charleroi vermindert sich die Zahl der Streikenden durch Unterbringung in Karzidrudereien.

Den vierhährigen Prinzipalen werden in einem zweiten Artikel im Verbandsorgan lüchtig die Leuten gefeiert. Es heißt dort u. a.: „Der deutsche Buchdruckerverband zählt heute 62000 Mitglieder. Die dazugehörigen Buchdruckerbesitzer, hellstichter als die unsern, sind vor dieser wunderbaren Entwicklung der gewerkschaftlichen Kraft ihrer Arbeiter nicht erschrocken; sie befreien ihre Zeit und verstehen, daß es heutzutage ein eitles und schändliches Beginnen ist, die Arbeiterorganisation zu bekämpfen. Erfahrung und gesunder Menschenverstand haben ihnen einen andern Weg gewiesen: sich zu vereinen und zu verständigen, aber nicht Streit zu suchen und jeder Forderung systematisch zu widerstehen.“

Sie gehen zusammen mit ihren Arbeitern, um den Ertrag ihrer Arbeit zu erhöhen und Mittel zu finden, ihr Gewerbe zu heben. . . .“

Kollege J. Zanier, Brüssel (Buchgewerbehaus, Rue Villa Hermosa) bittet die deutschen Preis Träger im letzten Wettbewerb um ein wenig Geduld; die Gelder vom Ministerium sind noch nicht eingetroffen.

Frankeich. Recht wenig soziales Verständnis zeigte die französische Regierung bei Vergütung von Drucksachen für die staatliche Westbahn — ein Beweis, daß auch in Republiken mit Wasser gelocht wird. Die beiden Tarifgegner Oberthier und Simon in Rennes — bei diesen ist zurzeit das Personal im Auslande — haben große Kosten zugeschlagen bekommen. Alle Proteste des Gehilfenverbandes, zweimalige Audienzen beim Arbeitsminister änderten nichts. Auch in der Deputiertenkammer kam diese Angelegenheit zur Sprache. Der Abgeordnete Broussé, Buchdruckerbesitzer in Perpignan, verurteilte die Haltung der Regierung. Der Minister verschonte sich indes hinter sieben Ausreden. Die Forderung bleibt bestehen, daß Tarifprücher wieder acht Jahre lang staatliche Drucksachen ausführen, obgleich die Milkerandischen Dekrete zu Recht bestehen, wonach bei Vergütung staatlicher Arbeiten die gewerkschaftlichen Verträge maßgebend sein sollen.

Zurzeit bestehen Tarifkonflikte in Montluçon, Toulouse, St. Etienne, Rennes, Auch, Luneville, Pacy-sur-Eure und Nemours. Tarifbewegungen sind im Gang in Lyon, Quimperis, Mont-de-Marsan, Toulon, Provins, Revers und Vitry-sur-Seine. Große Arbeitslosigkeit herrscht in Grenoble, Chartres, Thonon-les-Bains (am Genfer See) und in Brivas.

Gelegentlich der Generalversammlung des Verbandes der Buchdruckerbesitzer findet im Sommer in Paris eine Ausstellung des Buchgewerbes statt, an der auch ausländische Industriellen teilnehmen können. Anfragen sind an das Ausstellungsbureau im Cercle de la Librairie, Boulevard St. Germain Nr. 117, Paris, zu richten.

Seit 17 Jahren schon erstehen einige Buchindustrielle die Gründung eines Museums des Buchgewerbes in Paris. Staat und städtische Behörden hatten freilich bisher taube Ohren. Jetzt ist eine Änderung eingetreten. Der Direktor der Pariser Buchdruckerfachschule, Fontaine, teilte dem Verleger der „Revue des Industries du Livre“, Arnold Müller, mit, daß durch Leerwerden der photographischen Ateliers nunmehr Platz zur Ausstellung von alten Pressen, Auslegen von Drucksachen usw. geschaffen worden sei. Nach dem Beispiele der Museen in Leipzig, Brüssel und anderwärts soll damit ein Ort der Belehrung geschaffen werden, der dem Gewerbe von Nutzen sein wird.

Im Verbandsorgan wird die Bilanz der Pariser Invalideiten, geogogen: Drucksachen, der Westbahn im Betrage von über 600000 Fr., sind von der Hauptstadt in die Provinz gewandert; der Reumfundenant erwartet noch immer seine vollständige Verwirklichung; der Mitgliederstand der Pariser Sektion bleibt der gleiche; die Generalversammlungen zählen einen Besuch von 3 bis 4 Proz. der Mitglieder; zahlreiche und bedeutende Bruderreisen sind für Verbandsler geschlossen; beunruhigende Gleichgültigkeit der Mitglieder der Pariser; allgemeines Unbehagen. Das „Bulletin“ der Pariser wird in diesem Artikel mitrechneten „Postnamen“, z. B. „Blatt des Brudermordes“, „Organ der Lüge und Verleumdung“ usw.

Der Verbandsvorsitzende Keuser wurde in der letzten Versammlung des Hohen Arbeitsrats (eine Körperschaft, von Senatoren, Abgeordneten, Prinzipalen und Arbeitern gebildet, die Arbeitergesetze vorbereitet), zum Mitgliede der Verwaltungskommission der Carnegie-Stiftung gewählt. Dieser amerikanische Milliardär hat einige Millionen Franken gestiftet, woraus Preise für Lebensretter bei Unglücksfällen gebildet werden.

Italien. Zur vielumstrittenen Neutralitätsfrage sei auch von hier ein kleines Kapitel geäußert. Nach dem italienischen Verbandsstatut ist Politik und Religion Prinzipalsache der Mitglieder. Da der italienische Buchdruckerverband noch keinen Machtfaktor im Berufe darstellt — wie das beim deutschen Verbande der Fall ist — und außerdem die pressereligiösen Ideen eines südlichen Volks in Betracht kommen, deshalb braucht der Redaktion des Zentralorgans bei Behandlung strittiger Punkte oder der Vertretung allgemeiner Interessen der arbeitenden Klasse nicht immer gleich das böse Gespenst eines „Neutralitätsbruchs“ vorzuschweben. Sie ist sich denn dessen auch bewußt, wie aus nachfolgenden Zeilen hervor geht. In einer der letzten Nummern des „Lavoratore del Libro“ veröffentlichen die Redaktion an der Spitze einen kleinen Aufsatz, dem einiges entnommen sei. Italien sieht in diesem Jahre größeren Festlichkeiten entgegen. Die fünfzigste Weibebkehr des Tags, an dem das heutige Königreich vereinigt wurde, soll prunvoll gefeiert werden, auch sollen die Weltausstellungen in Rom und Turin damit verbunden sein. Die Konföderation der Arbeit fordert nun das organisierte Proletariat auf, energig gegen die Zustände zu protestieren, die in jedem sozial denkenden Menschen Empörung hervorgerufen müssen. Es solle kein Strohfeuerenthufasmus sein, wie man ihn leider hierzulande so oft gesehen, sondern eine ruhige und andauernde Agitation, bis das gesteckte Ziel erreicht, nämlich die Beseitigung des Kornzolls und das Aufheben des Kuppelbells der Regierung mit den Grundbesitzern. Die Landwirtschaft genießt seit 1887 den besonderen Schutz der Regierung, könne aber bis heute den Landesverbrauch an Getreide nicht aufbringen. Trotzdem lastet auf der nötigen Einfuhr ein unverhältnismäßig hoher Zoll. Die Regierung erzielt bei diesem

Aushungerungsgeschäfte jährlich 70—80 Millionen Bire, und von den 40 Millionen Rentnern Rationalerzeugnis schlagen die italienischen Großgrundbesitzer 300 Millionen Bire mehr heraus. Die Produktion zu erhöhen, liegt nicht in ihrem Interesse, da sonst die Preise fallen würden. Den „Patrioten der letzten Stunde“, die die moralische Miere des dritten Italiens feiern wollen, zuzufügen die Redaktion wörtlich zu „Mein, es kann da kein Fest gefeiert werden, wo Unalphabetismus, Malaria, Korruption usw. wüten. Keine moralische Wiedergeburt ist bis jetzt erreicht worden und die Festlichkeiten sind nur eine Parodie, mit der unsere zahlreichen Ibel verdeckt werden sollen. Auch das Proletariat wird sich auf der Straße einfänden, nicht um auch zu feiern, sondern zum Protest, um seinem Willen Geltung zu verschaffen, daß die gebärgige Aushungerung und die politischen Privilegien aufhören müssen“.

Gewerkschaftsrevue.

Wir sind den Lesern noch den Schluß unserer Streifzüge durch die mannigfachen Gebiete und Labyrinth unseres öffentlichen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens, die nur irgendwie mit den gewerkschaftlichen Interessen in Verbindung stehen oder in Verbindung kommen, schuldig. Es kann wohl als ausgemachte Tatsache gelten: die Redaktion eines Gewerkschaftsblatts ist am wenigsten auf Rosen gebettet. Wie an die Gewerkschaftsfunktionäre unzweifelhaft die größten Anforderungen gestellt werden, so darf die Redaktion eines Gewerkschaftsblatts mit der Gewerkschaft rechnen, daß sie es dem größten Teile der Leser nicht recht macht, also die größte Unzufriedenheit zum Referat tragt hat. Bei der recht kritischen Veranlagung der Buchdrucker kommt deren Organ naturgemäß noch weniger gut davon. Ja, die Unzufriedenheit mit dem „Korr.“ ist in vielen Fällen größer, als die ihm von seinen Kritikern zugewandete Aufmerksamkeit! Dem einen — welcher eine oder andere stets als recht viele zu denken sind — schreibt die Redaktion zu wenig und zu limonadenhaft, dem andern viel zu viel (die Stimmen aus den Mitgliederkreisen sollen dadurch zu kurz kommen), einem Dritten enthält der „Korr.“ wieder zu viel Paprika, und so weiter mit Ozeje. Doch so war es schon immer, und so wird es auch bleiben. Wenn wir also jetzt erst mit dem Nachfolgenden die Revue aus Nr. 25 fortsetzen, so trugen wir dem jetzt starken Verlangen nach Meinungsäußerung über die Generalversammlung Rechnung und hatten daher für uns selbst keinen Raum. Vielleicht erlangen wir mit dieser Rechtfertigung die Absolution derjenigen, die unserer Gewerkschaftsrevue größere Vorrechte eingeräumt wissen wollen.

Die Iden des März gehören nicht zu den Tagen, die ein Stillhorn von Glückseligkeiten über uns ausstülten. Im Reichstage, der am 21. März das gefährliche Alter von 40 Jahren erreichte, hat man sich über die Arbeit der Reichsparteien im Reichstage, wobei mancher der Reichsparteien Volksboten gar nicht wohl zu Mut ist, da er seinen Sessel im Ballotbar nicht dem Stimmzettel des wirklichen Volks verbandt. Da kam es denn schon vor, daß so einem privilegierten Vertreter der besessenen Klassen der Faden der Gebuld reißt und die Besprechung der Arbeiterverhältnisse als eine Lumperei bezeichnet wird, wie es der alte Reichsparteiler Camp ingrinnig Anfang dieses Monats tat. Daß es die würdige Mehrheit des jetzigen Reichstags sonderlich gut hat bei den Beratungen des Staats für das Reichsamt des Innern oder wo sich sonst eine Gelegenheit bietet, der Arbeiterfreundlichkeit dieser Herren die Möglichkeit zur Tat zu geben, kann nicht behauptet werden. Sie bekommen verdienstermaßen das zu hören, was ihre im allgemeinen rüchsrüchliche und obenwärts oftmals noch recht arbeiterfeindliche Gesinnung im besondern zu sagen erforderlich macht. Und wie diesen Volksvertretern und Gesetzesmachern jegliche Regierung von Fremut schon ein Verbrechen dünkt, das hat der vor einigen Wochen verstorbene Dichter Friedrich Spielhagen deutlich fühlen müssen. Weil er verschleudertlich in seinen Werken Sympathie für die Bestrebungen der Arbeiterschaft bekundete und den Stützen der Gesellschaft auch wohl manche Derbheit über ihren Klassenegoismus sagte, deswegen waren seine Schriften förmlich auf den Index gesetzt. Die staatsverhaltende Bestimmung des romanlesenden Publikums, wenn nicht gar der Staat selbst, ist gerade gefährdet.

Einer von den Volkstrüben, denen jede ernsthaftige Arbeiterorganisation wie Leber im Magen liegt, ist der Reichsparteiler Vinz, seines Zeichens Oberlehrer in Bamern. Einem Kollegen verbanden wir eine ausführliche Biographie dieses seltenen Mannes. Seltener insofern, als dieser Reichstagsabgeordnete Vinz selbst unter dem Allersewtschwärzen eine nicht gerade hübschliche Ausnahme macht. Herr Vinz ist auch ein Allersewtschwärzer. Er macht „in alles“. Seine Vielseitigkeit zeigte er an ersten Tage der in diese Woche noch hinübergegangenen zweiten Beratung des Staats des Reichsamt des Innern. Da glaubte er sich als entschiedenen Anhänger der Tarifverträge nicht besser präsentieren zu können als durch eine Kapuzinade über unsern Verband und den Gutenbergbund. Selbstverständlich erschien der Verband der Deutschen Buchdrucker da als eine sozialdemokratische Gewerkschaft, weil er der Generalkommission angegeschlossen, der Gutenbergbund aber als eine Organisation, an der selbst ein Mann wie Vinz Wohlgefallen findet, was für den Bund feillich nicht schmeichelhaft ist. Herr Vinz zog ganz erschrocken gegen die „Monopolverträge“ vom Leber, dabei den Organisationsvertrag im Buchdruckerbund als ein schlimmes Beispiel erwerbend. Daß er denselben im Jahre 1908 zu Falle gebracht bezeichnet, läßt seine Sach-

kenntnis in ganz bedenklichem Licht erscheinen, nicht minder auch die Stempelung unserer paritätischen Arbeiternachweise zu einem „Arbeitsnachweis des sozialdemokratischen Verbandes“. Wenn im Reichstage so drauflos geschwätzt wird, ohne nur einen Dunst von dem zu haben, worüber man spricht, dann können erste, mit der Pflege richtiger Sozialpolitik es ernst nehmende Leute allerdings den Appetit verlieren an solchen Debatten. Übrigens wurde nicht nur diese eine Pause für die christlichen Gewerkschaften gehalten, aber die Vinzische hatte wie keine andre den Zug der Unsachlichkeit und des Fanatismus. Wenn diesen sogenannten Tarifgemeinschaftsfreunde entgegengehalten würde, daß gerade er den Klassenkampf proklamieren, so hat sein unfinnisches Gerede damit die zutreffendste Einschätzung erfahren. Wir glauben dadurch der an sich ja leichten Aufgabe, gegen die Vinzischen Ausführungen zu polemisieren, überhoben zu sein.

Wenn diese sozialpolitischen Debatten auch manchen Stachel bei den Arbeitern zurücklassen müssen (unsere weiteren Ausführungen werden das erst noch richtig erkennen lassen, da bei Abschluß dieser Nummer Herrn Desbrücs Respekt noch nicht erledigt war), und wenn manche Partei in ihrer Arbeiterfreundlichkeit keine allzu günstige Beleuchtung fand, was nicht zuletzt vom Zentrum gilt, so haben sie doch ein Ergebnis gehabt, das für die Gewerkschaften erfreulich zu nennen ist. Der Abgeordnete Richard Fischer sprach nämlich den sehr richtigen, aber selbst von der Sozialdemokratie nicht immer anerkannten Satz aus: „überhaupt ist im Grunde unsere ganze offizielle Sozialpolitik nichts als nachträgliche gesetzliche Fixierung der Errungenchaften der Gewerkschaften“. Wir haben diesen Standpunkt, daß nämlich die Gewerkschaften die Schrittmacher der Fortschritte in der Sozialpolitik sind, immer schon vertreten und stets den Grundfals verfochten, daß die Gewerkschaftsarbeit der Gesetzgebung in erster Linie nur als bessere Sicherung ihrer Errungenchaften bedarf. Der Fischerische Ausspruch ist also ein Anerkenntnis der Stärke und der Größe der Gewerkschaften, der so manchen Zweifler und Kritiker in der Arbeiterklasse mit seiner geringfügigen Meinung von der Pionierarbeit der Gewerkschaften schweigen lehre sollte. Die Gewerkschaftler werden die parlamentarische Tätigkeit darum aber nicht nach dem fürchten Beispiele der Syndikalisten und der Anarchisten als überflüssig ansehen, sondern sie als ebenso notwendig betrachten.

Auch im preussischen Landtage glaubte die Regierung unsern größten Bundesstaats ihr soziales Empfinden mit der besten Note attestieren zu können. Nun ist aber das, was man deutsche und was man preussische Sozialpolitik nennt, entschieden zweierlei. Man kann von dem Stande der Sozialreform in Deutschland mehr oder minder unbefriedigt sein — das subjektive Urteil ist in Preußen natürlich anders — die Überforderungen sind in beiderlei Richtung zu ziehen, es liegt nicht allein an der überwiegend reichsgewaltigen Regelung der sozialpolitischen Aufgaben, daß die einseitliche Betätigung herzlich wenig Anlaß zu Lob und Anerkennung bietet, sondern die große Unterschiedlichkeit der die Reichs- und die Landesgesetzgebung bildenden Faktoren kann unstreitig als Grund und Ursache angesehen werden, daß z. B. mit der preussischen Sozialpolitik gar kein Staat zu machen ist, während die des Deutschen Reichs immerhin doch auch solche positive Leistungen aufzuweisen hat, die in manchem andern, in der sozialen Entwicklung nicht auf der untersten Stufe stehenden Lande vergeblich zu suchen sind. Selbst Richard Fischer, der an dem sozialpolitischen Kurse der jetzigen Regierung, an der „Arbeiterfreundlichkeit“ unserer herrschenden Gesellschaftsklassen und im besondern an dem von dem „Gesicht der sozialen Ermüdung“ übernommenen Zentrum zu Ende der vorletzten Woche scharfe Kritik übte, faß sich hier zu Konstatierungen genötigt, die einiges Aufsehen machten. Und wo die Regierung mit einem aus dem allgemeinen Wahlsrechte hervorgegangenen Parlamente zu tun hat, ist sie auch sozialpolitisch etwas anders angebaudt. Die Verschiedenartigkeit zwischen der Reichsregierung und dem preussischen Staatsministerium zeigt dies trotz der teilweisen Personalunion wohl deutlich genug. Die sachliche Regierung, die sich mit dem auf die Leitung der Hygieneausstellung in Dresden ausgetübten Druck einmal wieder in ihrer alten Gewerkschaftsfeindlichkeit gezeigt und der jetzt auch aus Gelehrtenkreisen indirekt — die Wortwürde richten sich förmlich gegen das Ausstellungendirektorium — sozialpolitisches Unverständnis und Mangel an Objektivität vorgefallen wird, kann nach dem als Schulbeispiel dienen. Im preussischen Landtage war es der neue Finanzminister Dr. Lenze, der mit dem alten Experimente der hohen Gewerkschaftsbeiträge den Wohlstand der Arbeiterklasse und die Steuerkraft der Arbeiter beweisen wollte und eo ipso damit auch die große Fälscher des Waters Staat für das gewöhnliche Volk. Dieser Versuch ist ihm stark mißglückt, an dem Verbände der Gemeinde- und Staatsarbeiter, mit dem Lenze aus eigener Erfahrung besonders zu argumentieren gedachte, am meisten. Herr Dr. Lenze hat in dem Staatssekretär des Innern zwar keinen Respekt, aber doch einen früheren „Sparten“-Follegen. Delbrück war zuvor Oberbürgermeister von Danzig, Lenze solcher von dem größeren Magdeburg. Der erstere hat aber das größere Verständnis für sich. Wenn heutzutage ein Staatsmann die Gewerkschaftsbeiträge mit den Staatssteuern noch in einen Topf wirft; ein Minister darüber noch nicht im Klaren ist, daß die zu einem ausschließlichen Zweck in bestimmter Erwartung großer Gegenleistungen gezahlten Beiträge der wirtschaftlich organisierten Arbeiter etwas Grunderschiedenes sind gegenüber den für die allgemeinen Zwecke des Staats

entrichteten Einkommensteuern (die durch die indirekten Steuern des Reichs noch eine von Lenze verschwiegene gewaltige Erhöhung finden, daß die Gewerkschaftsbeiträge dahinter weit, weit zurückbleiben), von denen der Arbeiter relativ noch weniger wieder zu sehen bekommt als der bemittelte oder der reiche Steuerzahler, dann ist dieser Vorgang schon ein Zeugnis für die soziale Rückständigkeit des betreffenden Staats. Für Preußens Sozialpolitik ist in dem Finanzminister Dr. Lenze also ein schlechter Kronzeuge erkanden. Seine Exemplifizierungen sind auf die Methoden des bekannten Reichsverbandes zugeschnitten, und das ist keine Empfehlung, weder für einen Minister, noch für die Regierung, der er angehört. Warum übrigens der neue Sachwalter der preussischen Finanzen nicht an der Hand der verhältnismäßig recht hohen Beiträge der Arbeitgeber zu deren Organisationen die günstige Lage des Unternehmertums priest? Nun, da wäre ihm dieses törichte Beginnen jedenfalls noch schlechter bekommen. Merkwürdig übrigens: Auch Lenzes Vorgänger, der Freiherr v. Rheinbaben, glaubte in den hohen Gewerkschaftsbeiträgen den besten Angriffsunkt auf den „inneren Feind“ entdeckt zu haben. Das Operieren mit solchen Platttheiten scheint also im preussischen Finanzministerium traditionell zu sein. Der Rückschlus auf das, was sich preussische Sozialpolitik nennt, die im Ministerium des Innern aber erst ihre ganze Bedeutung als stärkste Widerstandskraft gegen eine ergiebiger Sozialreform in Deutschland findet, ist daher naheliegend, aber keineswegs empfehlenswert für den Staat, von dem Willow im Herrenhause im Jahre 1904 die Hyperbel streifen ließ: „Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran“. Daran ändert auch nichts die kollegiale Herausstreichung des preussischen Staats als Förderer der Kulturaufgaben durch Delbrück im Reichstage während der letzten Debatten.

Die ganze bureaukratische Engherzigkeit und der Je nach der Parteischablone mehr oder weniger grobe Anflug mit der politischen Betätigung der Gewerkschaften ist unlängst von dem Handelsminister Sydow in Preußens Abgeordnetenhause in verbällischen verständigen und freimütigen Ausführungen ad absurdum geführt worden. Es ist sofort in der „Rumbschau“ (Nr. 26) über diesen höchst auffälligen Vorgang berichtet worden. Wir haben da eine so vernünftige Auffassung von der Unmöglichkeit einer wesentlichen Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen und politischen Fragen erhalten, daß die Gewerkschaften dem Herrn v. Sydow eigentlich zu großem Danke verpflichtet sind. Vorausgesetzt natürlich, daß eine Nutzenanwendung aus dieser der Enttöndung der Verhältnisse wirtlich Rechnung tragenden Auffassung nicht wieder eine Saage für sich ist. Nämlich, ob der Zentralverband deutscher Industrierler, der Handaban, der Bund der Landwirte, irgendein Arbeitgeberverband oder ob die Gewerkschaften in Betracht kommen: Herr v. Sydow hat zunächst mit seiner Erklärung der Agrarierpräsidenten des „Korrespondenzblattes“ gesprochen: „Das Wort hat nicht nur etwas, sondern viel für einen preussischen Minister heißen. Wird ihn auch sicher sein Portefeuille kosten, denn wie dieser in den Regierungen stellen wiederwandelnde Mann sieht nur noch ein andrer gleich tief in der Bechtone, und das ist Verlin als der von Westmann Hollweg stütz, von dem jetzigen preussischen Handelsminister nun wohl nicht gesagt werden kann. Die Gewerkschaften sind also in der seltenen Lage, in einer von dem reaktionären Parteikönig oft bis zur Demagogie getriebenen Haarspaltereie sich auf die Seite eines preussischen Ministers stellen zu können. Denn Herr v. Sydow hat recht, es „ist die Grenze zwischen wirtschaftspolitischen und rein politischen Fragen noch viel feiner geworden, als sie es bisher war“. Das mögen sich auch die Neutralitätsfanatiker in- und außerhalb unsrer Reihen merken! Herr v. Sydow ist indirekt also auch zu einem Verteidiger der „Korr.“-Redaktion geworden, und die Gewerkschaften — die vielverschiedenen freien natürlich — werden seine Definition des Begriffs Wirtschaftspolitik für sich mit demselben Rechte reklamieren, wie sie dem Zentralverbande deutscher Industrierler, dem Handaban usw. usw. von einer in derlei Dingen so feinfühligem Stelle — der preussischen Regierung — zuteil wird.

Die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes kam bei den sozialpolitischen Debatten der vergangenen Wochen auch wieder zur Sprache. Daß das „außerordentlich liberale Vereinsgesetz“, das bekanntlich nicht das Verdienst der jetzigen Reichstagsmehrheit und auch nicht auf das Konto der Ura Westmann Hollweg zu setzen ist, hinsichtlich seiner Auslegung und Anwendung gerade in Preußen auf die meisten Schwierigkeiten stößt, hat auch Vertretern der liberalen Parteien schon oft Veranlassung zur Kritik gegeben. Der Fortschrittler Müller (Meinungen) hat sich dies gewissermaßen zur Spezialaufgabe gemacht. Und wenn selbst ein Nationalliberaler, der Leipziger Abgeordnete Dr. Junt, im Reichstage dem Staatssekretär des Innern bedeutete, daß doch zwischen ihm und dem preussischen Minister des Innern grundsätzliche Differenzen in dieser Angelegenheit bestehen, so ist die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes durch die Bundesstaaten keineswegs so über allen Zweifel erhaben, wie es nach Herrn Delbrücks Meinung der Fall sein mußte. Auch an dieser Stelle (Nr. 19) ist an einer Reihe von Fällen gezeigt worden, daß speziell in Preußen der liberale Charakter des Vereinsgesetzes durch die beschränkten Schwierigkeiten und juristische Spießbüdigkeiten ganz beträchtlich zu Schaden kommt. Wenn die Kritik im Reichstage die Zahl solcher Vorworte etwas verringert hat, so sind die freilichen Beanstandungen seitens der linksstehenden Parteien also nicht ganz ohne Nutzen gewesen. Die nach Ansicht vieler — welche vielen allerdings nicht

in den fortgeschrittensten Kreisen zu suchen sind — so unfruchtbar sozialpolitische Debatten sind daher für das eigentliche Volk keineswegs für die Kräfte. Aber nicht bloß bei dem Reichsvereinsgesetz hat die öffentliche Meinung für das nötige Korrektiv reaktionärer behördlicher Praktiken gesorgt; und wie seither, so wird und muß eine sachgemäße Kritik noch oft der Hebel zu einem gesunden Weiterschreiten sein.

Nun zur Reichsversicherungsordnung. Nachdem das Arbeitsstammengesetz an den Klippen der Arbeitersekretäre und der Eisenbahnarbeiter als gescheitert anzusehen ist, das Privatbeamtenversicherungsgesetz von vornherein zu einer kaum lebensfähigen Mißgeburt gestempelt ward, wird mit Eifer in der Kommission an der Reichsversicherungsordnung herumgedokkert, damit wenigstens dieses schon so lange in Vorbereitung befindliche sozialpolitische Gesetzwerk nicht auch noch Schiffbruch vor dem Hafen erleidet. Wenn die Kommissionsarbeiten sich weiter in dem Fahrwasser bewegen, in das sie neuerdings geraten sind, so ist es aber nicht ausgeschlossen, daß eines Tages doch noch die Reichsversicherungsordnung als Strandgut ans Land gespült wird. Sind doch die Dinge so weit geblieben, daß alle Beteiligten — das Passivum „Betroffenen“ wäre jetzt schon bedeutend angebrachter — immer mißvergnügter die Verhandlungen dieser Kommission verfolgen. Am stärksten macht sich die Opposition bei den zustand gekommenen Kompromissen hinsichtlich der Krankentassen, deren Beamten und der Ärzte geltend. Daß die Krankentassen besonders hart angefaßt werden würden, darüber konnte kein Zweifel bestehen. Das viele Geschrei von der Herrschaft der Sozialdemokratie in den Krankentassen sollte ja bei dieser Gelegenheit greifbare Erfolge zeitigen. An Verbesserungen dazu hat es von Regierungsseite nicht gefehlt, und der allmächtige Zentralverband Deutscher Industrieller läßt sich nicht immer verkneipen. Mit der Gebuldsprobe dieser Herrschaften ist es ja nicht weit her. Das Hoffen und Harren überlassen sie denen, die man gewöhnlich mit billigen Versprechungen oder mit verlockenden Zukunftswünschen abzuspäßen pflegt, nämlich den Arbeitern. Da nun das Verlangen nach neuen Ausnahmengesetzen gegen die Arbeiterlässe unsere Staatsmännern von heute doch eine zu großförmige Zumutung ist, muß den herrschlichsten Öst- und Westlern wenigstens eine Abschlagszahlung gewährt werden. Die Reichsversicherungsordnung, das neue Sozialistengesetz in Klassenpackung, wie sie auf dem letzten Krankentagente gekauft wurde, bietet dazu eine geeignete Handhabe, und zwar ist es hier vornehmlich die sogenannte Sicherung der Angestellten der Ortskrankentassen. Diese „Sicherung“ ist in Wirklichkeit der stärkste Schlag gegen die Selbstverwaltung der Krankentassen. Das „Wohlwohnen“ der Regierung und ganz besonders das der Regierungsvorlage noch verbösernden Kommissionsmehrheit für die Krankentassenbeamten entspricht sich bei dieser Gelegenheit eine direkte Befähigung der erworbenen Rechte der jetzigen Angestellten der Tassen. Wenn diese in Verhandlungen gegen die ihnen zugedachten neuen Wohltagen energisch protestieren, kann man sich vorstellen, was da wieder für Danaergeschenke ausgekehrt werden. Die Krankentassen sollen eben verbureautokratisiert werden. Das Selbstverwaltungsrecht hat aber gerade die Krankentassen zu den leistungsfähigsten Institutionen der Arbeiterversicherungsgesetzgebung gemacht. Die beabsichtigten Verschlechterungen gegen den jetzigen Zustand sind so einschneidend, daß die Versicherten allen Anlaß haben, ihre Meinung in vollster Deutlichkeit zu sagen.

Es ist das um so notwendiger, weil an eine Zurückziehung der Reichsversicherungsordnung die Regierung schwerlich denken wird. Bekanntlich soll die Witwen- und Waisenversicherung bei der Umgestaltung der drei Arbeiterversicherungsgesetze eingegliedert werden. Der in den Tagen der leidenschaftlichen Hottarisdebatten vor reichlich acht Jahren ausgetretete Sichtwechsel ist bekanntlich noch nicht zur Einlösung gekommen, weil sich die Wertpapiere eines Raubzugs auf die Tassen der erwerbstätigen Bevölkerung mit einem Akte sozialer Fürsorge nicht nur als total widersinnig, sondern auch finanziell als unmöglich erwiesen hat. Nun ist der Einführungsstermin der Witwen- und Waisenversicherung zum zweiten Male verschoben und der 1. Januar 1912 „definitiv“ dazu bestimmt worden. Das Ganze ist nicht nur ein des Deutschen Reichs unwürdiger Vorgang, sondern einfach ein Skandal. Wenn der Staat mit solchem Beispiel von Verpfänden und Halten vorangeht, dann erschüttert er seine Autorität ganz bedenklich. Es ist also zum Ausbrüche gekommen, daß man die Reichsversicherungsordnung glaubt mit diesem Reichstage noch unter Dach und Fach bringen zu können. Nun, sie wird ja dann auch danach sein. Dann gibt es in deutschen Landen bestimmt keine „Stiefkinder“ mehr. Der Staat hat dann für alle mit gleicher Liebe gesorgt; rings wird volle Zufriedenheit herrschen und selbst das „Sorgenkind“ Landwirtschaft mit vernünftigen Sinnen auf das beglückte Vaterland schauen

Aus den Jahresberichten 1910.

Gannover. Das letzte Geschäftsjahr war für den Votaber ein Jahr ruhiger Entwicklung. Die Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur machte sich auch hier geltend. Wenn trotzdem die Arbeitslosigkeit eine große war, so ist die Ursache dafür in der vermehrten Einföhrung der Segmaschinen und der äußersten Ausnutzung der Lehrlingsfala durch die Prinzipale zu suchen. Der Verein zählte am 1. Januar 1910 1172, am 31. De-

zember 1910 1249 Mitglieder, die Zunahme betrug mit- hin 77. Außerdem waren 5 Gutenbergsbündler und 28 Richterorganisierte vorhanden. Durch die notwendig werdende Umstellung des ersten Vorsitzenden gestaltete sich das Vereinsleben zu Anfang des Jahres recht lebhaft. Der Versammlungsbesuch hat sich wohl gehoben, bes- friedigend ist er jedoch noch nicht. Die Besucherzahl war in der Regel knapp 300, stieg auf etwa 500 in der außer- ordentlichen Mitgliederversammlung (mit Strafaudienz) und 700 in der Döblin-Versammlung. Abgehalten wurden neun Versammlungen, darunter eine außerordentliche und eine Versammlung der Neuausgelernten, in welcher vom Vorsitzenden ein Vortrag gehalten wurde über: „Der Verband und seine Einrichtungen“. Außerdem wurden folgende Vorträge gehalten: „Der tarifliche Klageweg und die Stellung unserer Vertrauensmänner“ (Kollege Frische); „Berichterstattung von der Gauvorsteherkonferenz (Kollege R. Rosenbruch)“; „Der Allgemeine Deutsche Sprach- verein, wie macht er sich volkstümlich?“ (Herr Schmidt); „Die wirtschaftlichen Organisationen des Internermeriums in Deutschland“ (Gewerkschaftssekretär Mey); „Die Situation im Buchdruckergewerbe“ (Kollege Döblin). Der Ein- wirkung des Vorstandes war es zuzuschreiben, daß sich 64 Neuausgelernte (45 Seher und 19 Drucker) der Ge- sellschaftsprüfung vor der Handwerkskammer unterzogen. 38 Prüflinge entfielen auf Schriftbetriebe. Durch folgende von Kollegen gehaltene Vorträge wurde die Bildung des gewerblichen Nachwuchses zu fördern versucht: „Guten- berg und seine Erfindung“, „Geschichte der deutschen Rechts- schreibung“, „Allerhand Sprachsummenheiten“, „Saglesse und Interpunktion“, „Der Bau der Schnell- und Ziegel- druckpresse“, „Der Illustrationsdruck“, „Farbenlehre und Farbenmischen“, „Beitungs- und Werkstoff“, „Der Sag illustrierter Kataloge“, „Entwurf und Satz von Holzdrucken“, „Friedrich Hebel, ein deutscher Dramatiker“, „Heinrich Heine“, „Die Geschichte der Tarifgemeinschaften“, „Die deutschen Sozialgesetze“, „Kunstgeschichte“. Um ein besseres Zusammenarbeiten zwischen den Organisationen der gra- phischen Verke herbeizuführen, wurde ein graphisches Kartell gegründet. Die ausgesperrten Bauarbeiter wurden mit 1500 Mk. aufgebracht durch Extrabeiträge, unterstützt; Die Bibliothek wurde durch Mitglieder und Lehrlinge sehr stark in Anspruch genommen. Sie umfaßt etwa 2800 Bände, deren Überweisung an die Zentralbibliothek beschlossene wurde.

Leipzig. Das Jahr 1910 kann hinsichtlich des Ge- schäftsganges als ein günstigeres bezeichnet werden wie das Vorjahr. Der günstigere Geschäftsgang wand aller- dings auch seinen Ausdruck in den Auswüchsen des über- stundenwesens. Vornehmlich produzieren die Großbetriebe periodisch fast Tag und Nacht, während die kleineren Betriebe immer mehr über Geschäftskläue zu klagen haben. Ein Teil der mittleren und kleineren Buchdruckereien hält sich fast nur durch Aufträge über Wasser, welche für sie von den modernen Großbetrieben abfallen. Die Groß- betriebe erhalten von dem Verleger die Druckaufträge und die kleineren Betriebe bekommen von den mit Arbeit über- häuften Großfirmen Druckformen überwiefen. Die Preise hierfür werden von den großen Druckhäusern festgesetzt. Der kleine Buchdrucker bildet in diesem Falle so eine Art Zwischenmeister. Daß dieses „Zwischenmeisterystem“ auch für die Geßellenschaft fühlbar wird, beweisen die Klagen der Maschinenmeister, aus denen hervorgeht, daß unter Hinweis auf die Juridische- und Druckzeiten in den Groß- betriebenen Leistungen verlangt werden, welche gar nicht zu realisieren sind. Arbeitslos waren insgesamt 1593 Mitglieder — 11205 Wochen. Die Tätigkeit im Verein Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergesellschaften war auf allen Gebieten eine sehr rege. 13 Mitgliederversamm- lungen wurden abgehalten, darunter eine speziell für Handseher. Außerdem machten sich 143 Druckereiveramm- lungen nötig. Folgende Vorträge wurden im Laufe des Jahres gehalten: „Gillien“, Lichtbildervortrag (Professor Freiherr v. Weigenbach); „Die Gewerkschaften und die Unternehmerverbände, ihre Entwicklung und ihre Kräfte- verhältnisse“ (Kollege Krahl); „Der außerordentliche Ge- werkschaftskongress und die Aussperrung der Bauarbeiter“ (Kollege Engelbrecht); „Streiks und Aussperrungen“ (Herr Moriz Fromm); „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Ar- beiter“ (Ingenieur Paul Trenn); „Das Wirken der Parteien im Verbands der Deutschen Buchdrucker“ (Kollege Braun Berlin); „Die deutsche Wirtschaftspolitik und ihre Folgen für die Arbeiterklasse“ (Landtagsabgeordneter Heinrich Lange); „Die gewerbliche Situation unter Berücksichti- gung der nächsten Tarifrevision“ (Kollege Döblin); „Die Verfassung des Deutschen Reichs“ (Dr. jur. Heilpern). Das Gewerkschaftskartell wurde durch vier Vertreter be- schickt. Der Mitgliederstand stieg von 4933 auf 5273. Für die Aussperrten im Baugewerbe wurden 7000 Mk. aufgebracht durch eine Erößung des Gaubeitrags um 30 Pfg. Die 4404 Bände umfassende Bibliothek wurde von 505 Mitgliedern und 207 Lehrlingen benutzt.

Waren i. M. Das Vereinsjahr verlief ziemlich ruhig, der Geschäftsgang war als ein guter zu bezeichnen, in- folge dessen war der Mitgliederstand derselbe wie in den Vorjahren. Das seit nahezu 20 Jahren an jeden Durch- reisenden gezahlte Vorkauf hat mit Schluß des ver- flossenen Jahres aufgehört, seit 1. Januar wird nur noch an Ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigte ein Vik- tualien bezahlt. — Weiden. Außer den Monatsversamm- lungen unserer Mitgliedschaft, von denen auch eine in Reustadt (M.-M.) abgehalten wurde, fanden Bezirksver- sammlungen in Weiden, Marktredwitz und Schwandorf statt, die sämtlich sehr gut besucht waren. Der Ge- schäftsgang hat sich am Ende des vorigen Jahres und auch im neuen Jahr in erfreulicher Weise gehoben, so daß zurzeit hier zwölf Kollegen beschäftigt werden, die

voranschließlich auch ständig bleiben, was eine Zunahme von vier Mitgliedern in kurzer Zeit bedeutet. — Weimar. Auch das abgelaufene Geschäftsjahr konnte wie das vorige als ein ruhiges bezeichnet werden. Den Vor- arbeiten zur bevorstehenden Tarifrevision wurde ein reges Interesse entgegengebracht. Neun Versammlungen fanden statt. Ihr Besuch hat sich gegen das Vorjahr um ein geringes verschlechtert. Vorträge wurden gehalten gelegentlich der Bezirksversammlung in Apolda vom In- genieur P. Trenn über: „Die Bedeutung der Kultur- gewerkschaft Ernst Ulbe für die Gewerkschaften“, bei der Aufnahme der Neuausgelernten ein organisatorischer vom Kollegen Helmholz. Kollege Roth erstattete Bericht von der Gau- und Bezirksvorsteherkonferenz. In einer außerordentlichen Bezirksversammlung sprach Kollege Döblin (Berlin) über: „Die Situation im Buchdruck- gewerbe“. Außer den üblichen Veranstaltungen nahm man an der Gründungsfeier des Ortsvereins Buttstädt teil und veranstaltete für den scheidenden Gauvorsteher Helmholz eine Abschiedsfeier. Alle Festlichkeiten waren gut besucht und von echt kollegialem Geiste getragen. Der Mitgliederstand am Schluß des Jahres betrug 117. — Weklar. Unser Ortsverein hielt im abgelaufenen Vereins- jahre sieben Versammlungen ab, sechs ordentliche und eine außerordentliche; der Durchschnittsbesuch betrug etwa 75 Proz. Der Mitgliederstand war Anfang des Jahres 24, am Ende 26, welchem 2 Nichtmitglieder gegenüberstehen. Bündler O. Der Geschäftsgang in den hiesigen Druck-ereien war das ganze Jahr durch ein guter zu nennen. — Weimar. Drei Versammlungen wurden abge- halten, wovon nur eine (außerordentliche) gut besucht war. Der Mitgliederstand war Ende 1909 285, Ende 1910 335 in 14 Druckorten. Die Zahl der Nichtmitglie- der ist nicht genau festzustellen, da an einigen Orten ein Einblick schwer zu gewinnen war. Immerhin wird man einschließliche Wiesbaden mit 70—80 Nichtmitgliedern rechnen können; fünf Bündler wurden ermittelt. Einen Zuwachs vermochte ihnen auch nicht der „Monteur von Dausenau“ zu verschaffen, der Ende 1910 das Massauer Land bereiste und in Wiesbaden, Müdesheim und Nim- burg Abschiegequartier nahm. Sechs Tarifanerkennung- en waren neu zu verzeichnen. Den „Dorr.“ erhält jedes Mitglied. Der Bestand der Bezirkskasse war Ende 1909 293,29 Mk., Ende 1910 395,83 Mk. — Wiesbaden. In Ortsvereine wurden zwölf Monatsversammlungen abge- halten, deren Besuch hätte besser sein können. Die höchste Zahl war 88 bei ungefähr 275 Mitgliedern. Vorträge hielten Kollege Fuß (Mannheim); „Die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker“, Kollege Krahl; „Entwicklung und Bedeutung der Gewerkschaften und Internernehmer- organisationen“, Kollege Gutherdt (Frankfurt); „Über unsere Tarifgeschichte“. Über die Bezirksvorsteher- konferenz referierte der Vorsitzende. Das graphische Kartell, dem wir angehören, vermittelte uns in Gemeinschaft mit dem Verein für Ethische Kultur einen Vortrag von Ingenieur Paul Trenn: „Ernst Ulbe und seine Karl Reiß-Siftung“. Die Festlichkeiten am hiesigen Ort hielten sich in mäßigen Grenzen. Diplome über 25jährige Mit- gliedschaft erhielten die Kollegen Martin Berlinger, August Birk und Christian Michel. Für die ausgesperrten Bau- arbeiter wurde eine Extrasteuer von 10 Pf. wöchentlich erhoben und 200 Mk. abgeliefert. Im Gewerkschafts- kartelle sind wir durch vier Delegierte vertreten.

Korrespondenzen.

München. (Vierteljahrsbericht.) Der Besuch der im ersten Vierteljahr abgehaltenen Monatsversamm- lungen kann erfreulicherweise als gut bezeichnet werden; hoffentlich werden die Kollegen auch in Zukunft das rege Interesse weiter bewahren. Die Erößung des Beitrags zur Ortskasse wurde bis nach dem Gantage zurückgestellt. In der Märzversammlung erstattete zunächst der Kat- teldelegierte Bericht. Weiter beschäftigte man sich mit der Tagesordnung zum Gantage und behandelte haupt- sächlich die hierzu gestellten Anträge. Besonders über Bezirksenteilung widmete man sich ganz besonders und wünschte, daß auch in unserm Gau die Bezirksenteilung erfolgen möge. Zu Gantagsdelegierten wurden die Kol- legen Böbisch und Wilhelm gewählt. Die weiteren Punkte waren interner Natur.

xx-Berlin. (Korrektorenverein.) Der Kollege M. Behden hielt in der Versammlung am 5. März einen Vortrag über „Faust“ (gewanter Teil). Die zahlreich erschienenen folgten aufmerksam den trefflichen Aus- sührungen und bewiesen durch reichliche Beifalls- und Gebungen, daß der Vortrag ihren Wünschen entsprach. Sechs Kollegen wurden aufgenommen, eine Neumeldung erfolgte. Der „Technische Fragekasten“, der diesmal recht reichlich benutzt worden war, veranlaßte eine längere Dis- kussion über Grammatik und Orthographie. Der Vor- sitzende gab seiner Freude darüber Ausdruck und machte sodann bekannt, daß die nächste Sitzung am 2. April stattfindet. Die übrigen Punkte waren interner Natur.

Berlin. Kollege Hermann Krich, Seher in der Desslunger Druckerei („Wassische Zeitung“), begehrt am 6. April d. J. sein fünfzigjähriges Berufs- jubi- läum. Eine entsprechende Feier findet Sonntag, den 9. April, im „Klubhaus“, Ohmstraße 2, statt.

P. Bautzen (Oberl.). Die am 12. März am Vororte stattgehabte, in allen Teilen würdig verlaufene Bezirks- versammlung hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Aus dem 267 Mitglieder zählenden Bezirke waren etwa 180 Kollegen anwesend. Die sehr umfangreiche Tages- ordnung konnte dank der großen Sacllichkeit, die während der ganzen Verhandlung zutage trat, nach vierstündiger

Dauer erledigt werden. Gauvorsteher Fiedler referierte über „Ausblide“. Er hatte eine aufmerksame Zuhörerschaft und erntete reichen Beifall für seine Ausführungen. Der Situationsbericht des Vorsitzenden ließ in jeder Beziehung einen Fortschritt aus allen Druckorten des Bezirks erkennen. Auch Königschütze, unser langjähriges Schmerzkind, dürfte in Wäde bessere Verhältnisse zu erzielen haben. Kommt für uns die Druckerei Haubinger, die vor zwei Jahren die Gutenberghändler aus ihren Räumen verbannte und nur noch Unorganisierte beschäftigt, wegen ihrer ablehnenden Haltung zur Tarifanerkennung vorderhand nicht in Betracht, was aber auch nur eine Frage der Zeit sein dürfte, so steht der Eintritt von Werbungsmitgliedern in die Druckerei von Gebr. Wenzke („Kurier“), seit langem ebenfalls eine Domäne der Gutenberghändler, nichts mehr im Wege. Die Druckerei Vater in Schoppnitz ist für die Folge trotz mehrmaliger Fugage wegen Nichtanerkennung des Tarifs für Werbungsmitglieder geschlossen. Dem Kassierer Schwarz wurde nach Erstattung des Kassensberichts Decharge erteilt und für seine fadellose Kassensführung der Dank der Versammlung ausgesprochen. Die Festlegung der bei einer Teilung des Bezirks dem schon selbständigen Bezirksortet Kattowitz zuzupredenden Druckorte wurde dem Goutag überlassen. Einem Antrag an die Generalversammlung auf Erhöhung der Krankenunterstützung wurde zugestimmt. Von der Notwendigkeit der Umstellung des Gauvorstehers war die Versammlung überzeugt; ein diesbezüglicher Antrag wurde einstimmig angenommen. Als Delegierte für die Generalversammlung wurden aufgestellt Gauvorsteher Fiedler und Bezirksvorsitzender Vialas. Hierbei wurde der Wunsch ausgedrückt, diese Kandidatur in weitgehendstem Maße zu unterstützen, um auch wieder einmal unserm Bezirke die Möglichkeit einer Teilnahme an der Generalversammlung zu geben. Mit Rücksicht auf die in diesem Jahre stattfindenden Tagungen unseres Gau- und Verbandsparlamentes wurde beschlossen, die Herbstversammlung wieder am Bezirksvorort Weuthen abzuhalten.

Breslau. In der von etwa 500 Mitgliedern besuchten Generalversammlung am 12. März gaben zunächst der Vorsitzende sowie der Kassierer einige Erläuterungen zum Jahresbericht, aus dem zu ersehen ist, daß das vergangene Jahr ein Jahr friedlicher Entwicklung war und der Kaffe einen Überschuß von fast 6000 Mark brachte. Nach Entlastung des Kassierers wurden der bisherige Vorstand sowie die Kassierrevisoren einstimmig wiedergewählt. In die Vergütungskommission mußten einige neue Kollegen gewählt werden. Die Beiträge wurden auf derselben Höhe belassen. Ein Antrag auf Anlegung von 5000 Mk. beim Gewerkschaftshausbau fand nach kurzer Debatte fast einstimmige Annahme. Einer Besprechung unterzogen wurde auch das hiesige Herbergsweesen, das als durchaus nicht den berechtigten Ansprüchen genügend gesichert wurde; dem aber auch weiterhin die Unterstützung des Vorstandes nicht merklich gesichert werden wird. Zur Feier des Jubiläumstages wurde ein Ausflug nach Zöbten beschlossen, während zu der des Stiftungsfestes ein Lokal in der näheren Umgebung unserer Stadt (ohne Eisenbahnfahrt) in Aussicht genommen werden soll. Nachdem der Vorsitzende den Kollegen Simmlands die vollste Sympathie und moralische Unterstützung der Breslauer Kollegen zugesichert, ersuchte er alle Kollegen, sich der Aussernenden anzunehmen.

Bromberg. Endlich ist es auch hier durch die Vermittlungen des Ortsvereinsvorsitzenden Zille gelungen, am 18. Februar einen Maschinenmeisterverein zu gründen. Dem Vereine traten sofort sämtliche am Orte beschäftigten Kollegen bei, desgleichen die Kollegen aus dem Bezirke. Der Verein führt deshalb den Namen: „Maschinenmeisterverein für den Bezirk Bromberg“. Nur Thoren, das Schmerzkind aus dem Ortsvereins, will noch nichts von Anschlag wissen. Auf der Bezirksversammlung in Hohenfalka wurde dem neugegründeten Verein ein Grundfonds von 15 Mk. bewilligt. In den Vorstand wurden die Kollegen Förster als erster Vorsitzender und Helbig als Kassierer gewählt. In der ersten Versammlung am 11. März wurde der Antrag des Vorstandes betreffend Anschlag an die Zentralkommission einstimmig angenommen. Trotz der Reichhaltigkeit der Tagesordnung fanden sämtliche Punkte eine sachliche und rasche Erledigung. Der Besuch der Versammlung war ein guter; hoffen wir, daß dieser erfreuliche Zustand anhält.

Burgdorf (Hann.). Am 4. März beging der hiesige Ortsverein sein erstes Stiftungsfest durch einen Herrenabend. An der Feier beteiligten sich einige Kollegen aus dem benachbarten Druckorten. In der vorausgegangenen Versammlung hielt der zweite Bezirksvorsitzende Mag. v. Pein einen Vortrag über: „Wichtige Momente aus der Geschichte des Verbandes und deren Anwendung für die Gegenwart“. Dem Referenten wurde für seine vortrefflichen Ausführungen der Dank der Versammlung zuteil. Alsdann kam der gemüthliche Teil zu seinem Recht und erst am frühen Morgen trennte man sich in dem Bewußtsein, das erste Stiftungsfest in echter kollegialer Weise begangen zu haben. Auch sei dem Kollegen E. Jansen (Braunschweig), welcher sich in kollegialer Weise uns zur Verfügung stellte und durch Klavier- und humoristische Vorträge den Abend verschönern half, gedankt.

Charlottenburg. In der am 11. März abgehaltenen Vereinsversammlung referierte unser Gauvorsteher Raffini über die bevorstehende Tarifbewegung. Der beliebte Redner ging in ausführlicher Weise auf die Buchdruckerbewegung bis vor 50 Jahren zurück und schilderte in fünfteilteiltägiger Rede die jeweiligen Erregenschaften oder Festschlüsse, die die Zeitverhältnisse mit sich

brachten, wobei er gleichzeitig die Mitgliederzahlen des Verbandes und des Berliner Vereins während dieser Zeitperiode in Betracht zog. Von den 94 Mitgliedern unseres Ortsvereins waren 55 erschienen, die den Ausführungen mit Interesse folgten, was der am Schluß des Vortrags bekundete allgemeine Beifall sowie eine Anzahl Fragen an den Referenten bewies. Als Gast war der Weihensteiner Ortsvorsitzende anwesend. Nach Erledigung mehrerer dringlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen, doch blieb man noch einige Zeit zu Ehren unseres Freundes Raffini beisammen. — Um andern Tage fand unser alljährlicher Unterhaltungsabend mit Familienstätt, welcher einen befriedigenden Verlauf nahm. Es wäre aber zu wünschen, daß unsere Bestrebungen im allgemeinen besser von den Kollegen beachtet würden.

Hamburg. Der Norddeutsche Maschinensezerverein hielt am 12. März eine von 60 Kollegen besuchte Versammlung ab; in der zu dem Artikel „Kongreßmaterial“ in der Februarnummer der „Technischen Mitteilungen“ Stellung genommen wurde. Kollege Dieck (Hamburg) erstattete ein ausführliches Referat über dieses Thema und warf auch noch andre den Kongreß vorausichtlich beschäftigende Fragen auf. Ein sehr reger Meinungsaustausch schloß sich an. Vorhergehend gab Kollege Schwarz ein interessantes Resümee über die von den auswärtigen Brudervereinen eingelaufenen Jahresberichte, dessen Fortsetzung in der nächsten Versammlung erfolgt. Auch mit dem Kapitel Kontraktbuch mußte sich die Versammlung beschäftigen, das Verhalten des betreffenden Kollegen wurde verurteilt. Zur Aufstellung kamen hier fünf Victorines, denen noch andre in nächster Zeit folgen werden.

Hamm (Westf.). (Vierteljahrsbericht.) In der Generalversammlung vom 8. Januar dankte der gesamte alte Vorstand ab und wurde an seiner Stelle für das kommende Tarifjahr ein neuer Vorstand gewählt. Vorsitzender wurde Kollege Strud. — Die Versammlung vom 4. Februar besetzte sich mit der bevorstehenden Tarifrevision und wurde zu diesem Zweck eine achtgliedrige Tarifkommission gewählt. Diese sollte Material sammeln und danach entsprechende Entwürfe formulieren. Des ferneren brachte uns die Versammlung einen Vortrag des Kollegen Wendrich über: „Bedeutung und Wesen der Wellenprägeperanto“. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. — In der Versammlung am 4. März nahmen die Kollegen den Bericht der Tarifkommission entgegen und wurden die von dieser gestellten Entwürfe nach unerheblicher Debatte einstimmig angenommen. Unter „Verschiedenes“ beschäftigte sich die Versammlung dann noch eingehend mit dem in „Typograph“ mit Behagen besitzgetretenen „Terrorismusfall“ aus Hamm.

Der in dieser Sache im „Korrespondenzblatt“ des Kollegen Wendrich wurde allgemein gelobt. „Doch hielt es die Versammlung für angebracht, auf die im Wünderblatt erschienenen Mithingstellungen des in Betracht kommenden „intelligenteiten“ und wegen seiner geistigen und technischen Fähigkeiten“ hervorragenden Wünderstifters etwas näher einzugehen. In der bereits ein Jahr zurückliegenden Angelegenheit verwarfen sich zunächst die Kollegen der betreffenden Offizin gegen ihren gemachten Vorwurf, die Entlassung des als „Opfer ausserordener“ Wünderlers gefordert zu haben. Das sei eine Verdröpfung der Tatsachen. Sie hätten sich nur dagegen mit gutem Rechte verwarft, daß der Wünder nach achtjähriger Tätigkeit in dem betreffenden Geschäft an der Seymaschine ausgebildet wurde, während Kollegen, die schon jahrelang im Geschäft tätig waren und sich schon lange vor Einstellung des Wünderlers dazu gemeidet hatten, ohne weiteres übergangen wurden. (Unter den Gemeindedeten befanden sich auch einige Nichtverbandsmitglieder, die sich gleichfalls gegen die Zurücksetzung verwarfen. Wohl gemerkt, nicht nur die bösen Verbändler!) Den Kollegen wurde auf ihren Einpruch hin seitens der Geschäftsleitung erklärt, daß der Wünder deshalb an die Maschine komme, weil er als früherer Typographseher den Mechanismus der Linotype leichter erlernen werde. Daraufhin in Münster (dem früheren Wirkungskreis des Wünderlers) eingezogene Erkundigungen ergaben, daß das arme „Opfer“ noch nie an einer Typographmaschine gearbeitet habe! Weiter wurde bekannt, daß schon ein ganzes Jahr hindurch, vor Einstellung des Wünderlers, dessen verwandtschaftlicher Apparat hier in Hamm bei der betreffenden Firma in Tätigkeit war, um ihm eine „fette Wünder“ zu sichern. Auch auf das tarifwidrige Verhalten des Wünderlers — er wurde Sonntags im Geschäft von seinem Gewinnungsgeplan an der Seymaschine ausgebildet (Entheiligung des Sonntags!) — wurde hingewiesen. Bei einer nun vor einigen Wochen seitens des „intelligenten“ Wünderlers geforderten Lohnzulage verstand es die Geschäftsleitung geschickt, ihr unter Hinweis auf die seinerzeitige Unterbrechung mit dem Kollegen Albrecht zu verteidigen. Der Wünder setzte sich nun hin und baute seinen „Terrorismusfall“ unter Verdröpfung der seinerzeit gepflogenen Verhandlungen, um auch sein Teil zur „Demaskierung“ des Verbandes beizutragen. Die Kollegen der betreffenden Offizin bebauerten noch, den Wünderler so kollegial behandelt und ihm bei Störungen an seiner Maschine jederzeit mit Rat und Tat zur Seite gestanden zu haben. Das ist die Vergeltung der „edlen Christen“, die da glauben das Christentum in Erbpacht genommen zu haben; wir danken für solches Christentum! Dies zur Charakterisierung des Gutenberghundes und seiner „Gewährsmänner“. Uns hat dieser sogenante „Terrorismusfall“ nichts geschadet, im Gegenteil. Nur so weiter, ihr edlen Herren vom Sicherheitsventil!

-dt. Hannover. Die außerordentliche Mitgliederversammlung am 12. März nahm zunächst den Jahresbericht des Vorstandes entgegen. Zu dem gedruckt vorliegenden Berichte machte der Vorsitzende Schmeink noch einige erläuternde Ausführungen, denen die Versammlung mit großem Interesse folgte. Allseitige Befriedigung rief der günstige Kassensbericht hervor und wurde dem Verwalter Ehrhardt Entlastung erteilt. Die sodann vorgenommenen Vorstandswahlen ergaben die Wiederwahl der bisher amtierenden Kollegen bis auf einen der beiden Schriftführer, welcher eine Wiederwahl ablehnte, und den Vorsitzenden des Vertrauensmännerinstituts. Zum Schluß bewilligte die Versammlung die Remuneration für den Vorstand, die Bibliothekskommission und die Kartelldelegierten. Über die Tätigkeit des Gewerkschaftsstellens im Jahre 1910 erstattete Kollege Hahn in ausführlichster Weise Bericht in der vorletzten Versammlung (am 28. Februar), in welcher auch die bisherigen Delegierten wiedergewählt wurden.

M. Köln. Einer Unregung nachkommend, nicht nur Vorträge gewerkschaftlichen und allgemein-befehrenden Inhalts in den Versammlungen zu bringen, sondern auch solche Vorträge, die es den Mitgliedern ermöglichen, sich in die gebotenen Themas mehr zu vertiefen und selbst Unregungen geben zu können, hatte der Vorstand in der am 11. März stattgehabten Monatsversammlung den Punkt zur Debatte gestellt: „Was lehrt uns der Zeitartikel in Nr. 21 des „Kor.“? Kollege Vertam hielt hierzu einen einleitenden Vortrag. Aus der regen und lehrreichen Diskussion zu diesem Vortrage ging hervor, daß der Vorstand das Richtige getroffen und daß für die Folge wohl noch öfter derartige Themas angeschnitten werden können. Unter „Geschäftliches“ verwies der Vorsitzende auf die Bekanntmachung des Tarifsamts, das Einstellen der Lehrlinge betreffend, und ersuchte um gewissenhafte Befolgung der in dieser Bekanntmachung gegebenen Anregungen. Dem Gauvorstande zur Aufnahme empfohlen wurden drei Kollegen. Als Kandidaten zur Verbandsgeneralversammlung stellte die Versammlung die Kollegen Vertam, Kiefer und Müller auf. Beschlossen wurde, das Jubiläumstfest in diesem Jahr in demselben Stile wie im vorigen Jahre zu feiern: morgens Festversammlung, abends Saalfest. Unter „Verschiedenes“ wurde das provokatorische Verhalten des früheren Verbandsmitglieds und Vertrauensmanns, jeglichen Abteilungsleiters Wendrich bei der Firma DuMont-Schauberg, einer scharfen Kritik unterzogen. Dieser Herr erlaubt sich u. a. von den rapid gelegenen Wöhnen (Minimumbesetzung fast als Regel! D. Sch.) und den gesunkenen Leistungen der Gehilfen und ähnliden Dingen zu sprechen. Vom Vorstande wurde zugestimmt, die Sache weiter zu verfolgen.

Schwiz. (Maschinenmeister.) Unter „Kommissionsbericht“ gab der Vorsitzende die in letzter Versammlung gefasste Resolution nochmals bekannt und verbatte die Kollegen, auch danach zu handeln: Fernst betriebs er auf ein Schiedsgerichtsurteil, wonach es ratam ist, Defekte an der Maschine seinem Vorgesetzten zu melden, um sich vor Schaden zu bewahren. Als Kandidaten zur Generalversammlung des Verbandes werden die Kollegen Ludwig und Hesselbarth aufgestellt. Zu dem sich anschließenden dritten Maschinenmeisterkongreß wurden als Delegierte die Kollegen Ludwig, Hesselbarth und Hagerthorn gewählt. Nunmehr erhielt Kollege Reuber das Wort zu seinem Vortrage: „Das neue deutsche Farbenbuch“. Zu Eingang kam der Referent kurz auf die vorhandenen Mithstände in der Farbenfabrikation zu sprechen. Die weit über 800 vorhandenen Farbennuancen und deren Namen machten es dem heutigen Maschinenmeister unmöglich, sich über Wesen und Verwendbarkeit der einzelnen Produkte zu orientieren. Dazu komme noch der Unflug mit den vielen Zusatzmitteln, die ja eigentlich schon durch die derzeitige, in der Konfistenz viel zu schwache Farbenlieferung überflüssig seien. Auch die mangelhaften Färbungen unserer heutigen Druck- und Umschlagpapiere wurden einer eingehenden Kritik unterworfen. Der vor Jahren erfolgte Zusammenschluß aller Farben verbrauchenden Industrien und die dabei geplante Schaffung eines deutschen Farbenbuches lassen die Hoffnung auf Besserung auch für unsere Druckfarben aufkommen. Zur Orientierung waren vor Jahresfrist von Professor Seifger, Direktor der hiesigen Königlichen Akademie, Fragebogen an Firmen, technische Korporationen und an die Fachzeitschriften verwendet worden. Ein Auszug aus diesen beantworteten Fragebogen, den der Referent in der Versammlung gab, zeugte von der allgemein empfundenen Notwendigkeit des geplanten Farbenbuches. Die nachfolgenden, vom Referenten aufgestellten Forderungen bezüglich der Farben- und Papierfabrikation sowie auch die Wünsche der Buchdrucker für das deutsche Farbenbuch wurden von der Versammlung einstimmig zum Beschluß erhoben in der Hoffnung, daß die gesamten deutschen Druckindustrien (Prinzipale wie Gehilfen) sie eingehend studieren und anerkennen mögen. Von den Farbenfabriken wird die Einschaltung in der Schaffung neuer Farbennuancen und deren Phantasienamen gewünscht, ferner die Einführung eines von der Firma Förster & Wörries vorgeschriebenen Etiketts, das die Drucker über die Beschaffenheit der einzelnen Farben aufklärt. Gleiche Angaben über das Wesen der Farben sollten sich in den Preislisten und auf den Druckproben vorfinden. Zu vermeiden sind alle Zusatzmittel, die dazu angetan sind, die Farben zu beschweren oder etwas andres vorzutäuschen, als das Etikett angibt. Wo irgend möglich, sind nur reinste Weißstoffe zum Anreiben der Farben zu benutzen. Von den Papierfabrikanten ist Deklarationszwang bezüglich der Lichtechtheit getönter Papiere

von einem bestimmten Laufendbogenpreis an zu verlangen. Vom deutschen Farbenbuch erhoffen die Drucker die Aufnahme aller sich im Handel befindlichen Grundfarben und die Angabe der hierfür üblichen Namen praktische Vorschläge einer vereinfachten Farbenskala und Vorführung ihrer Nuancen und Mischerggebnisse. Diese Skala müßte als Normalstala bezeichnet werden und von allen Farbenfabriken mit Hilfe eines Apparats zur Feststellung der Nuance gleichmäßig hergestellt werden. Konsistenz und Pigmentgehalt müssen ebenfalls prozentual festgelegt werden. Diese Skala müßte auch die für den Künstler unvermeidlichen Erdfarben nicht enthalten. Soweit es den Farbenfabriken nicht möglich ist, diese in einem für Buchdruck gebrauchsfähigen Zustande zu fabricieren, sind in der Nuance gleichwertige Ersatzstoffe zulässig. Diese Druckfarbenstala wäre auch als Malfarbenstala für den Handel anzutreiben.

Wien i. B. Am 12. März hielt unser Gauvorsteher Wagner hier eine Gruppenversammlung des Bezirks Böden ab, welche von den Kollegen aus Bajanowo, Graustadt, Goslitz, Kösten, Bissa und Rawitsch sehr zahlreich besucht war. Kollege Schreiber hieß die Kollegen herzlich willkommen und forderte sie auf, sich an den Diskussionen recht rege zu beteiligen, da über die Stellungnahme zur bevorstehenden Tarifrevision und der in Mai stattfindenden Generalversammlung des Verbandes beraten werden sollte. Hierauf erläuterte Kollege Wagner in kurzen Zügen den Wert der Tarifserträge und die gestellten Forderungen der Kollegen der Stadt und Proving Böden und ging dann auf den Wert der Gruppenversammlungen ein. Die Ausführungen des Redners fanden ungeteilten Beifall, und wurde besonders die Beibehaltung dieser Gruppenversammlung von allen Anwesenden gutgeheißen. Dem hier ist den wenig rednerisch veranlagten Kollegen die Möglichkeit gegeben, an der Diskussion teilzunehmen und die Verhandlungen werden auch viel ernster geführt als bei den großen Versammlungen, wo es ein Teil der Kollegenschaft nicht über sich gewinnen kann, der zur Verhandlung stehenden Tagesordnung die ganze Aufmerksamkeit zu widmen und den letzten Teil mehr woanders zubringen als im Versammlungstokal. Auf das Lehrlingswesen wurde ebenfalls näher eingegangen und mancher gute Rat vom Kollegen Wagner gegeben. Von den Berichten der Vertrauensmänner über die Verhältnisse der Druckereien war besonders der aus Bajanowo sehr interessant, wo in der Gefängnisdruckerei verschiedene Individuen zu Gehern ausgebildet werden, welche, wenn auch nicht in allen Sphären, so doch im glatten Satz einige Routine erreichen, was der Hilfskraft unter Umständen von Schaben sein kann. Das Kollegialitätsbewußtsein wird durch diese Versammlung und durch die Ausführungen des Referenten hoffentlich eine dringende wünschenswerte Förderung erfahren haben. Gerade wir Kollegen im Osten müssen uns enger zusammenschließen, um die hier bestehenden Verhältnisse zu verbessern. Wir kämpfen nicht stark und fördern das wahrhaft kollegiale Leben und unsere Ziele am besten. Dem Kollegen Wagner wurde für seine Ausführungen der Dank der zahlreich besuchten Gruppenversammlung übermittle.

Witten (Ruhr). (Vierteljahrsbericht.) Unse am 11. Februar abgehaltene Versammlung, welche mit einem Vortrag des Gesangsvereins eingeleitet wurde, war von 42 Kollegen besucht. Nachdem unter „Gesellschaftliches“ Diverges erledigt war, erhielt Gauverwalter Gmald Müller (Essen) das Wort zu seinem Referate: „Was die Zeit verlangt!“. Für seinen etwa zweistündigen Vortrag, der mit einem ernstlichen Appell an die Kollegen, mit geschärften Augen in die Zukunft zu sehen, schloß, erntete der Redner den aufrichtigen Dank der Versammlung. Nachdem die Kandidaten zum Gantag aufgestellt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung. — In der späteren Versammlung brachte der Vorsitzende zunächst ein Zirkular aus Tirol und Voralberg zur Verlesung, betont, daß bei Konditionsangeboten nach dorthin unbedingt erst Kundgebungen einzugehen werden müssen. Nach dem Kartellbericht kam man zum Kardinalpunkt: „Anträge zur Tarifrevision“. Nach einer ausgedehnten Debatte und nachdem der Vorstand mit der Regelung einiger drückender Verhältnisse beauftragt worden war, gelangte die Versammlung, die von 37 Kollegen besucht war, zum Schluß. — Das vor einiger Zeit erfolgte Vorstellungwerden des Gauvorstehers Albrecht bei der hiesigen Maschinenfabrik Thyssen & Co. zwecks Einführung des Tarifs für ihre Hausdruckerei verlief wieder resultatlos. Konditionsangebote der Firma sind daher abzulehnen.

Witten. (Schriftgießer, Stereotypen und Galvanoplastiker.) Am 5. März tagte unsere ordentliche Generalversammlung. Nach Erledigung zweier Antragsgegenstände ergriffte der Vorsitzende Dreißholz Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr. Kollege Gichler sen. verlas den Kassenbericht, der von der Versammlung mit Beifriedigung aufgenommen wurde. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Dem alten Ausschusse wurde für seine Tätigkeit im abgelaufenen Vereinsjahr Dank ausgesprochen. Mit Ausnahme der Nevisoren wurde der bisherige Ausschuss einstimmig wiedergewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, auch heuer wieder einen Ausflug zu arrangieren, um dadurch das gesellschaftliche und kollegiale Leben zu heben. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung mit dem Appell, die kommenden Verbandsversammlungen vollständig zu besuchen.

Stuttgart. (Maschinenmeisterverein.) In der am 11. März stattgehabten Versammlung führte Herr Zh. Wufan seinen photographischen Postkartenerweiterungsapparat, „Xebigraph“ vor. Auf diesem sinnreichen Apparat wurden innerhalb einer halben Stunde

auf eine 50 Meter lange Bromsilberpapierrolle etwa 320 Karten kopiert, die in einem Arbeitsgang belichtet, entwickelt, fixiert, gewaschen, getrocknet und mit Adressseite bedruckt worden waren. Weiterhin wurde als Kandidat zur Generalversammlung Kollege Lober in Vorschlag gebracht. Über die Kongreßdelegierten soll Urmahl entscheiden. An Stelle des diesjährigen Stützpunktes soll eine Jahresversammlung sämtlicher Maschinenmeister des Gaus stattfinden. Zur Tarifrevision wurde eine entsprechende Resolution angenommen.

Rundschau.

Im die Vergebung städtischer Druckerarbeiten nur an tariffreie Druckereien petitionierte der Ortsverein unseres Verbandes in Reichenbach-Rangenbielau bei dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung Reichenbachs i. Schl. Mit welchem Erfolg, entzieht sich noch unser Kenntnis.

Die Rentabilität der Buchdruckereien in Frankfurt a. M. soll nach dem in Nr. 31 erwähnten Wirtschaftsbereichte der Frankfurter Handelskammer für das Jahr 1910 allgemein sinkend sein und dadurch die Möglichkeit auf Erfüllung der Ansprüche der Arbeiter auf Lohnerhöhung große Schwierigkeiten verursachen. Im Gegenjase hierzu stehen die Berichte derselben Handelskammer für die Jahre 1907 und 1908. 1907 wurde berichtet: „Der im Laufe des Jahres unter allgemeinem Zusammenstufse der Buchdruckunternehmer beanpruchten zehnprozentigen Preiserhöhung wurde von den Auftraggebern — die Staatsbehörden ausgenommen — größtenteils entsprochen. Eine wesentliche Besserung in den Rentabilitätsverhältnissen des hiesigen Buchdruckergewerbes ist dadurch jedoch nicht eingetreten, da sich gleichzeitig fast sämtliche Arbeitsmittel erheblich verteuerten“. Während also im ersten Teile zugegeben ist, daß sich die Durchführung der Preiserhöhung glatt vollzogen hat (mit Ausnahme der Staatsarbeiten), wird im zweiten Teile bestritten, daß eine wesentliche Besserung dadurch eingetreten sei; eine Besserung war also demnach doch vorhanden. Im Berichte für 1908, der schlechten Geschäftsgang konstatiert, heißt es: „Die Druckpreise selbst sind ziemlich stetig geblieben trotz der scharfen Konturren, die durch den allgemeinen geschäftlichen Niedergang entsetzt wurde. Die lebhafteste Agitation, die im letzten Jahre vom Deutschen Buchdruckerverein aus betrieben war, um den Buchdruckunternehmern eine größere Festigkeit in ihrer Preisgebung beizubringen, hat hier wohlthätige Wirkungen geübt.“ Wenn dann noch in Betracht gezogen wird, daß für das Jahr 1909 trotz des schleppenden Geschäftsganges berichtet wird, daß die Preise der Waren, der Holz- und Hilfsstoffe sich nicht wesentlich verändert haben, dann kann das Gerede von der allgemeinen sinkenden Rentabilität der Druckereien nicht als sich haltend angesehen werden.

Die Meisterprüfung mit Erfolg bestanden haben in Dresden am 17. März drei Seckerkollegen. — Auch in Barmen und Düsseldorf hat in den letzten Tagen je ein Gehilfe die Meisterprüfung abgelegt. Mit Rücksicht auf die zunehmende Bedeutung der Ablegung dieser Prüfung werden wir von jetzt an in vorstehender Weise über ähnliche Prüfungsergebnisse, soweit Kollegen und Mitglieder unserer Organisation in Betracht kommen, Bericht erstatten.

Die Einjährigprüfung hat in Bremen ein Kollege nach gründlicher Vorbereitung mit gutem Erfolg abgelegt.

Der Schwindler E. Terwe, vor dem wir schon in Nr. 24 die Kollegen warnten, wurde in Basel verhaftet. Er wurde wegen vieler Betrügereien von den deutschen Behörden flehentlich verfolgt.

In Konturs geraten ist die Buchdruckerei vormalis Joseph Hedter Witwe in Essen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Das Sicherheitsventil in Funktion! Wenn man die letzte Nummer des Bündlerorgans in die Hand nimmt und liest das Geschreibsel aus Insterburg über die mißglückte Tarifseinführung, dann kommt einen ein großer Jammer an bei dem ruhmredigen Satz: „Wenn wir auch von einem Siege nicht sprechen können, so ist aber der Beweis erbracht, daß unsere Mitglieder alles einsehen, wenn es heißt, Bundesinteressen zu vertreten, worauf selbst ein Verband der Deutschen Buchdrucker stolz sein würde, wenn er diese 14 Kollegen zu seinen Mitgliedern zählen dürfte.“ Diese 13 (nicht 14) Helden, welche unter dem starken moralischen Druck der Buchdruckeröffentlichkeit endlich gegungen wurden, Tarifinteressen — in Wirklichkeit blieb es bei Bundesinteressen — wahrzunehmen, nehmen sich doch nicht allzu rühmlich neben den sechs Wunden aus, die sich auch weiter in dem Segerinnenidyll Quandel und Wahnke wohl fühlen. Fast ein Drittel der Insterburger Kämpfer schwenkte also rechts ab! Das sagt genug. Der Bundesleitung müssen wohl nachträglich Bedenken aufgestiegen sein, daß die Bundesinteressen durch die Insterburger Kampagne doch nicht die richtige Förderung fanden. Sachen zu unternehmen, wo mit einem Abfalle von Mitgliedern zu rechnen ist, solche Experimente muß die Bundesleitung vermeiden. Und deshalb war die Bestimmung auf die Bestimmung als Sicherheitsventil im Buchdruckergewerbe nach dem Insterburger Seitensprünge für den Bündlerischen Generalkab eine gewisse Notwendigkeit. Praktisch fand dieses Zurückfinden auf die lobensamen Bündlerischen Tugenden seinen Ausdruck durch Aufnahme eines Streikbrecher-

inferats im „Xyograph“! Daß in gewissen deutschen Prinzipalskreisen der Bund als Sicherheitsventil gute Wirkung findet, kann als bekannt gelten; nun wissen wir aber, daß auch über die deutschen Grenzen hinaus der Ruf des Bundes gedungen ist. Denn ist es nicht über die Massen kennzeichnend, wenn eine Druckerei in London in ihren Streikbüten bei dem Organe des Gutenbergbundes in Deutschland Hilfe sucht? Und kann es eine bessere Charakterisierung des Gutenbergbundes als Sicherheitsventil geben als die Aufnahme dieser Londoner Streikbrecherangeize? Der Herr Bundesvorsitzende selbst ist jetzt Expedient des „Xyp.“, und Thranert wies das Streikbrecherinferat nicht glatt ab, sondern sagte sich: dem Mann und dem Bundesinteresse muß gelassen werden. Also funktionierte am Ende der sechsten Woche des Londoner Buchdruckerstreiks der „Xyograph“ als Sicherheitsventil! Ganz ist der Herr Herausgeber, Verleger und Expedient aber doch nicht zu seinem Ziele gekommen, denn auf irgendeinen Einspruch hin verschwand die Streikbrecherannonce aus einem Teile der Auflage. Wir selbst erhielten eine „reine“ Nummer, weiter aber auch die Bitterung von einer ganz gehörigen Entzifferung der Bündler, die diese Thranertische Leistung zu Gesicht bekamen. Es ist eine köstliche Parallele zwischen dem Insterburger Ruhmesgemüse und dem Funktionieren des Sicherheitsventils für London! Schade nur, daß es nicht ganz geklappt hat. Nachdem man in Österreich eine Fiktale der Korruption eröffnete, konnte doch mit London auch ein Versuch gemacht werden. Nun, was nicht ist, kann ja noch werden, und geht es nicht so, dann so. Die Bundesinteressen müssen besser wahrgenommen werden, was scheidet die großen Geister in der Jakobstrasse da die Solidarität mit kämpfenden Berufsgegnossen.

Eine Bank für die graphische Industrie wurde in letzter Zeit in Böhmen errichtet. In Prag fand eine Versammlung der Funktionäre der gesamten graphischen Prinzipalsorganisationen Böhmens statt, in der die Gründung einer solchen Bank einstimmig beschlossen wurde. In der Versammlung wurde auch schon ein bedeutender Teil des Aktienkapitals, der zwei Millionen Kronen betragen soll, gezeichnet, so daß die Gründung der Bank als gesichert erscheint.

Eine interessante preßgesetzliche Entscheidung traf das Saarbücker Schöffengericht, indem es die Weledigungsklage eines Eberfelder Gewerkschaftssekretärs gegen eine Zeitung in Sulzbach abwies, weil die Zuständigkeit nach der Novelle über die Befreiung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse dem Schöffengericht in Sulzbach zukomme. In der Urteilsbegründung führte das Gericht aus, maßgebend in erster Linie für die Zuständigkeit sei der Erscheinungsort des Blatts. Gedruckt werde das Blatt in Sulzbach. „Erschienen“ sei aber eine Zeitung, wenn sie gedruckt sei und zum Verkauf fertig daflige. Als Erscheinungsort sei daher Sulzbach zu betrachten. „Werdnüss“ rühme eine Druckschiff mehrere Erscheinungsorte haben, wenn der Verlag mehrere einander gleichstehende geschäftliche Niederlassungen habe, von denen gleichzeitig die Ausgabe und das Angebot der Druckschiff erfolge. Dies treffe jedoch im vorliegenden Falle nicht zu. Es könne sich höchstens um eine Filiale handeln, deren Tätigkeit nicht als eine selbständige zu gelten habe.

Im Reichstag, der mit dem 21. März in das sogenannte Schwabenalter eingetreten ist, sich aber leider in keiner Verfassung befindet, die darauf schließen läßt, daß seine Werte dementsprechend einen fortschrittlicheren Anstrich bekommen könnten, wurde dieser Tage auch über die Abonnementversicherung debattiert. Unlaß dazu gab die Staatsberatung über das Kapitel Reichsversicherungsamt und ein dazu gestellter Antrag auf Verbot der sogenannten Abonnementversicherung oder jeder Art Verbindung von Zeitungsabonnenten und Versicherung. Begründet wurde der Antrag damit, daß die Waßs dieser Versicherung eine ungesunde sei, weil den Versicherten kein Rechtsanspruch zustehe und dem Aufsichtsamte der nötige Einfluß auf diese Unternehmen fehle. Die von den Zeitungen vorgezeichneten Bedingungen seien durchweg sehr zweifelhaft und bei der großen Zahl von Unfällen, die in den Bedingungen von einer Entschädigung ausgeschloffen sind, bleibe in Wirklichkeit kaum noch ein Unfall übrig, für den Zahlung geleistet werde. In der Diskussion über diesen Antrag wurde allseitig anerkannt, daß Zeitungsverlag und Versicherung nicht zusammengehören und zunächst die Ausarbeitung einer Denkschrift über Licht- und Schattenseiten der Abonnementversicherung gefordert. Die Regierung zeigte sich zu einer Bekämpfung der Auswüchse auf diesem Gebiete nicht besonders geneigt, sie war bemüht, eine klare und ungewandte Stellungnahme zu vermeiden und erklärte sich nur bereit, bei den Bundesregierungen eine Umfrage über Umfang und Wirkung der Abonnementversicherung anzustellen und das Resultat dieser Erhebung dem Reichstage später vorzulegen. Um jedoch der Regierung das Müdigkeit etwas zu steifen, nahm der Reichstag alle beiden vorliegenden Resolutionen an, wovon die eine ein direktes Verbot der Abonnementversicherung forderte, während die andre die Vorlage einer diesbezüglichen Denkschrift wünscht.

Die Zulassung von Gewerkschaftsangeestellten zu den Tarifs- und Schlichtungsinstanzen suchten verschiedene Unternehmer im Baugewerbe zu hintertreiben. Nun hat aber das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe unter der Leitung der bekannten Unparteilichen entschieden, daß es jeder Organisation freisteht, ihre Vertreter zu bestimmen und der Gegenpartei kein Einspruchsrecht zustehe. Diesen korrekten Standpunkt könnten sich auch andre Unternehmerorganisationen, denen

Chemnitz. Maschinenmeistersversammlung Sonnabend, den 25. März, abends 8 Uhr, im Restaurant „Drei Raben“, Bräuerstraße 12.
Dresden. Korrektorenhauptversammlung Sonntag, den 26. März, vormittags pünktlich 10 Uhr, im Restaurant „Zum Senefelder“, Raulbachstraße 16 pt.
Düsseldorf. Maschinenmeistersversammlung Sonntag, den 26. März, vormittags 10^{1/2} Uhr, im „Volkshaus“ (Zimmer I).
Frankfurt a. M. Bezirksversammlung Montag, den 27. März, abends 7 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“.
Frankfurt a. M. Offenbad. Stereotypen- und Galvanoplastiker-Versammlung Sonntag, den 26. März, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Kolleg 4).
Freiburg (Sa.). Versammlung Sonnabend, den 25. März in „Stadt Dresden“.
Gildesheim. Versammlung Sonntag, den 26. März, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Kaiserslautern. Versammlung Samstag, den 25. März, abends pünktlich 9 Uhr, in der „Brauerei Orth“.
St. Ingbert. Versammlung Samstag, den 25. März, abends 8 Uhr, im Vereinslokal (H. Weiland), Gymnasiumstraße.
Waren i. M. Versammlung Sonnabend, den 25. März, abends 9 Uhr, im Vereinslokal (Heibelbad).
Wittenberg. Versammlung Freitag, den 21. März, abends pünktlich 8^{1/2} Uhr, im „Bürgergarten“, Gustav-Adolf-Straße.
Zittau. Versammlung Sonnabend, den 25. März, abends 8^{1/2} Uhr, im „Volks- und Gewerkschaftshaus“.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.
 Berlin SW 48, Friedrichstraße 29.
 Briefadresse: J. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.
Zwölfter Nachtrag
 zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1910.

Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb der Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlangen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

I. Kreis.
 Bremervörde: Vergardt, B.
 Cronau: Hannoversche Buch- und Steindruckwerke.

Holzwinden: Ebers, Otto.
 Oldenburg i. Gr.: Grothe, Franz Wilhelm.

II. Kreis.
 Aachen: Nehm, J. S., G. m. b. H.
 Dortmund: Opitz, Ernst.
 Düsseldorf: Fimmans jun., August.
 Elberfeld: Neef, N.
 Gelsenkirchen: Steigleder, P.
 Hagen i. W.: Lophopon & Wende.
 Riersee: Gmeyer & Co.
 Rülri: Flohr, Andreas; Nahr, Vertbold.
 Runderoth: Jaeger, Gustav.

III. Kreis.
 Alzey: Meschett, Karl.
 Frankfurt a. M.: Giesede, Gustav.
 Ober-Ramstadt: Dittmann, Jean.

IV. Kreis.
 Göppingen: Müg., Johannes.
 Schallstadt i. B.: Verlagsdruckerei Schallstadt (Inhaber D. Mesler).
 Stuttgart: Bach, Paul.

V. Kreis.
 Fürtch i. B.: Fränkel, Sigmund.
 Mittenwald i. B.: Nemayer, Artur.
 München: Resch & Co., Anton.
 München-Grafenau: „Der Bote vom bayerischen Walde“, G. m. b. H.
 Nürnberg: Kirchhof Nachf., Oskar.
 Traunstein: Oberbayerische Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. H.

VI. Kreis.
 Magdeburg: Magdeburger Buchdruckanstalt (Richard Kramer).
 Wernigerode: Graphische Kunstanstalt Rudolf Bierthaler, vorm. B. Angerstein.

VII. Kreis.
 Bad Eiter: Biegler, Max (Zul. Förster Nachf.).
 Dresden: Blee, Artur.
 Leipzig: Laban, Paul; Lengner, Bernhard; Schöppe, Max; Springer & Möller (Farbenfabrik).
 Potsdamer: Bettwig, Max.
 Würzen: Wader & Wäding.

VIII. Kreis.
 Berlin: Hoffmann, Fred.
 Nieder-Schönhaußen: Metten, Albert.

IX. Kreis.
 Guhrau: Stokkassa, Max.
 Pleß (Oberschl.): Lotay, Alphonso.

X. Kreis.
 Hamburg: Sigmund, Karl.

XI. Kreis.
 Potsdam: „Potsdamer Zeitung“, G. m. b. H.
 Cottin: Pommerste „Reichspost“-Druckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H.; Rosenkrantz, J., & Sohn.
 Treptow a. Rega: Pieper, Alfred.

XII. Kreis.
 Posen: Ostdeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Aktiengesellschaft.

Aus dem Verzeichnisse der tariftreuen Druckereien gestrichen wurde die Firma:

VII. Kreis: E. J. Kandel (Kirchberg i. Sa.).

Schiedsgerichte betreffend.
 Regensburg: Geiseworsänger: Joseph Falter, Leberergasse A 125 I.
 Berlin, 11. März 1911.
 Georg W. Bürgstein, R. G. Giesede, Prinzipalvorsitzender. Geiseworsänger. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Ein Wort für Kranke.

Deutschland besitzt im Ramscheider Stahlbrunnen einen Heilkeg ersten Ranges, der verdient, der leidenden Menschheit dauernd zugänglich gemacht zu werden. (Gef. Medizinrat Prof. Dr. Liebreich).
 „Das Wasser ist großartig in seinen Wirkungen. Es ist in der beigegebenen Broschüre bezüglich der Wirkungen nicht zu viel gesagt, eher zu wenig. Ich habe es angewandt gegen Verdauungsbeschwerden, Mattigkeit in den Füßen, Appetitlosigkeit, Schlaflosigkeit, Nervosität, Angstgefühl, Blutandrang nach dem Kopf usw. Mit all dem räumt Ihr Stahlbrunnen gründlich auf.“ — „Das Ramscheider Stahlbrunnenwasser ist das einzige Mittel, welches mir in meinem schweren Nervenleiden Hilfe brachte.“ — „Ich wurde frischer, lebhafter. Nachdem ich alle Flüssigkeiten verbraucht hatte, war ich ein andrer Mensch.“ — „Mit Freunden teile ich Ihnen mit, daß ich eine Kur gebraucht und die ersehnte Hilfe gefunden habe.“ — „Das Wasser kam wie ein rettender Engel, ich bin ganz glücklich, daß es mir so gut geht.“ — „Der Stahlbrunnen hat bei meiner Frau verblüffend gewirkt.“ — „Es ist für alte Leute eine wahre Wohltat.“ — „Das Wasser ist einfach köstlich und steht wohl einzig in seiner Art heilwirkend auf der ganzen Welt da.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichem Kur sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Trinkkuren im Hause warm empfohlen. Keine Berufsberatung. Ausführliche Mitteilungen über Kurerfolge, Anwendungsgebiet und Bezug des Brunnens kostenlos durch Ramscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf W 99.

Russischer Setzer (bes. gute Kenntnisse sämtl. slav. Sprach.), der deutsch. Sprache in Wort u. Schrift mächtig, tüchtig in allen Satzarten, sucht Kondition. Werte Offerten unter 668 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Junger Schriftsetzer genießt im Interaten, Tabellen- und Abzählenssucht die Stellung in Leipzig. Werte Offerten unter A. B. 659 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Wert- oder Abzählenssetzer Jung, fleißig, strebsamer sucht baldigst Kondition. Werte Offerten erbeten unter F. W. 1000 hauptpostlagernd. Leipzig. [666]

kleinere, Schriftsetzer :: Stereotypsetzer :: kauft in jedem Quantum zu guten Preisen **Hermann Bodenheimer** Frankfurt am Main. [579] Telegrammadresse: MetaLogd. Frankfurt/Main.

Konstanz. Samstag, 25. März, abds. 8 Uhr: Ortsvereinsversammlung. Vortrag des Kollegen Herrhäuser über: „Verbesserung der Arbeitszeit“. Der Vorstand. [664]

Um Mitteilung der Adresse des Buchdruckmaschinenmeisters Johannes Paul Schulz aus Weihen wird gebeten. Ankosten werden vergütet. [663] **Otto Enke, Geschäftsbücherfabrik, Rottbus.**

Magenleiden! Stuhlverstopfung! Hämorrhoiden! kann man selbst heilen. Auskunft ert. kostenlos gerne an jedermann Kranken-schwester Marie, Nicolastr. 6 Wiesbaden. C. 105.

In dritter, vermehrter Auflage ist erschienen:

Praktisches Latein
 Kurzer Lehrgang für Buchdrucker
 Von J. Bass
 Hauptlehrer an der Buchdrucker-Fachkursen der Gewerbeschule Stuttgart.
 Herausgeg. v. Graphischen Klub Stuttgart.
80 Seiten Gr.-Oktav. Preis 1 Mark.

Das Lehrbuch eignet sich sowohl zum Unterricht wie zum Selbststudium und Nachschlagen, seine Nützlichkeit zeigt auch der rasche Absatz der ersten und zweiten Auflage. Bestellungen durch A. Kirchhoff, Stuttgart, Augustenstrasse 91. Porto für 1 Ex. 10 Pfg., 3 Ex. 20 Pfg., 7 Ex. 30 Pfg., 8 bis 35 Ex. 50 Pfg. Nachnahme ist teuer.

Fachgeschäft K. Siegl, München 9
 (Richard Rielle's Buchverlag) → Gießstraße 3.
 Hauptvertrieb Katalog unbefredmet und frei.

Jonass & Co.
 Berlin SW. 247.
 Belle-Alliance-Strasse 3
 Verlagslieferanten vieler Beamtenvereine, liefern auf bequeme Teilzahlung.
 Hochinteressantes Katalog mit über 4000 Abbildungen umsonst und portofrei.

Am 16. März verstarb unser wertvolles Mitglied, der Setzer **Richard Frank** aus Oranienburg, 19 Jahre alt, an Nierenentzündung. [667] Ein ohrenndes Andenken bewahren ihm Der Ortsverein und Bezirk Neuruppin.

Am 18. März verschied nach kurzem Leiden unser wertvolles Mitglied, der Setzer **Otto Döring** im Alter von 64 Jahren. Ehre seinem Andenken! [662] Der Ortsverein Welmar.

Adressen für Zusendungen an den Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer:
 für Artikel, Gelehrte, Genossen und Volkswirtschaftlichen: Willi Kahl;
 Sozialpolitischen, Rundschau und Altertümlichen: Charles Schäffer;
 Korrespondenzen, Ausland und Feuilleton: Karl Schmidt;
 Berufsbeschäftigten, Anzeigen, Offerten, Postanweisungen usw.: Georg Bödinger;
 sämtlich in Leipzig, Salomonstraße 8. (Zentr. 1411). Straße und Hausnummer ist stets anzugeben!

Buchdruckerei mit Papierhandlung in Gumburg ist französisch, äußerst billig event. einigst u. best. Werte Off. unter Nr. 665 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Echtiger Linotypesetzer mit längerer Praxis und guter Maschinenkenntnis findet dauernde, gutbezahlte Stellung. **J. E. Schwemsen, Bremervörde** [663]

Gesucht zum 27. März in dauernde, angenehme Stellung ein tüchtiger, zuverlässiger **Linotypesetzer.** Ausführliche Offerten mit Angabe des Alters, Leistungen und Ansprüche erbeten an die Buchdruckerei **J. Dreysen, Schweitzer i. Gh.** [665]

Notationsmaschinenmeister zur selbständigen Bedienung einer Augsburger Zwilling's-Notationsmaschine für den Bedarfbesitz per Mitte April oder früher nach München gesucht. Er muß mit der Maschine völlig vertraut und in der Lage sein, dem Personal vorzuschieben. Werte Offerten mit Lohnansprüchen, Zeugnisabschriften und Angabe des freiesten Eintritts unter A. B. 664 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Maschinenmeister findet dauernde Stellung. Buchdruckerei Langewiese, Bamern. [661] Zu sofortigem Eintritt wird ein tüchtiger **Komplettmaschinenmeister** gesucht von **E. F. Kühn, Leipzig**. [660]

Schriftgießergefuch. Ein tüchtiger Komplettschreiber (Zouche, Type I und II) sowie ein Handmaschinenmeister und ein tüchtiger Fertigmacher und Höhehobler, der auch an der Höhelrasmaschine arbeiten kann, für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. [626] **Schriftgießerei Klinsch, Frankfurt a. M.**

Tüchtiger Höhefräher durchaus leistungsstarker Arbeiter, sucht das diegt dauernde Kondition. Werte Off. unter F. 622 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Höhehobler auf Buch-Maschine eingearbeitet, selbständig zu bedienen, **Mechanik-Bedarbeiter** und verantwortlicher Leiter, **Höhehobler** und **Komplettschreiber**, **Schriftsetzer**, vollkommen versiert, werden gegen sehr gute Bezahlung dauernd zu engagieren gesucht. Schriftliche Offerten sind zu richten an: **Der Direktor Daniel Grottel** in Berlin, Hotel Central, Friedrichstraße; in Leipzig, Hotel Dannewitz; in Frankfurt a. M., Hotel Frankfurter Hof. [641]

Echtige Stempelschneider auch jüngere gefuchte, finden in Leipzig Stellung. Werte Offerten unter 668 an die Geschäftsst. d. Bl.

Monotypesetzer vierjährige Praxis, wünscht sich sofort oder später zu verändern. Werte Offerten unter „Monotypesetzer“ nach Leipzig-Stötterich, Leipziger Straße 5 part., erb.